Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

FLZ Nr. 2-2022
Jahrgang 43
Juli 2022

FLZ

ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

13 für Grundschullehrkräfte – Aktueller denn je…

Was in Hessen 2014 begann, nahm seinen Lauf quer durch Deutschland. Waren es zunächst nur einige kleinere Bundesländer die A13 für Grundschullehrkräfte einführten, kamen zuletzt mit Thüringen und Nordrheinwestfalen zwei direkte Nachbarländer Hessens hinzu.
Höchste Zeit es auch hier durchzusetzen. Aus diesem Grund und auch weil im kommenden Jahr Landtagswahlen sind, müssen wir jetzt den Druck erhöhen und immer wieder auf das Thema aufmerksam machen.
Also: Beteiligt euch an Aktionen, zu denen die GEW immer wieder aufrufen wird!

Die nächste große Aktion wird um den 13. November stattfinden, also bitte den Termin schon einmal vormerken ….

… Wir haben uns viel vorgenommen, aber mit eurer Hilfe kann es gelingen.

Wir haben uns viel vorgenommen, aber mit eurer Hilfe kann es gelingen … Aber auch andere, für die Mitglieder wichtigen Themen werden wir weiter verfolgen. Die nächsten Tarifauseinandersetzung im S&E-Bereich, zu hohe Gruppengrößen, die Belastung durch Abschlussprüfungen an den weiterführenden und beruflichen Schulen, marode Gebäude, mangelnder Gesundheitsschutz und vieles mehr werden wir immer wieder thematisieren und auf Verbesserungen drängen. Auch hier heißt es, nicht beim (berechtigten) Beklagen zu bleiben, sondern aktiv für Verbesserungen eintreten und diese durchsetzen – auch wenn es dafür einen langen Atem braucht.

Laura Preusker und Sebastian Guttmann

Montgomery, Chef der Bundesärztekammer, wurde in den hr-1-Nachrichten zitiert, dass Lehrer auch mal Doppelschichten einlegen sollten, das Pflegepersonal in den Krankenhäusern müsse das ja auch. (Originalmeldung bei dpa 17.11.20)

Das erinnert fatal an den berüchtigten Ausspruch von Altkanzler Schröder von den Lehrkräften als ‚faulen Säcken'. Schröder konnten wir erfolgreich kontern, bei Montgomery sollte dies auch möglich sein.

Solidarität mit den Streikenden an Uni-Kliniken

Die GEW-Bezirksdelegiertenversammlung erklärt ihre Solidarität mit den Streikenden an den Uni-Kliniken in NRW und der privatisierten Uniklinik Gießen-Marburg in Hessen.

Schon seit dem 4. Mai 2022 wird an den Klinik-Standorten Köln, Bonn, Aachen, Düsseldorf, Essen und Münster unbefristet gestreikt. Sie fordern - wie zuvor schon die MitarbeiterInnen an der Charité und bei Vivantes Berlin einen Tarifvertrag ENTLASTUNG. Das ist eine neue Qualität: der Kampf um Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen. „Nicht der Streik gefährdet die Gesundheit der Patient:innen, sondern der Normalzustand", kommentierte eine Intensivkrankenschwester die Vorwürfe der Arbeitgeberseite.

Krankenhäuser und Bildung haben Vieles gemeinsam. Krankenhäuser und Bildung als zentrale Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge werden schon seit Jahrzehnten vernachlässigt. Ihre Leistungen fußen zwar auf Vorschriften, können aber nur noch auf dem Weg intensiver Ausbeutung der Beschäftigten und ihres ‚guten Willens' voll erbracht werden.

Beide Bereiche leiden seit langem unter staatlicher Unterfinanzierung. Ökonomisierung und Öffnung für Privatisierung sind auf dem Vormarsch. Noch nie gab es so viele Aussteiger aus dem System.

55 Prozent der Auszubildenden zur Pflegekraft an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen können sich derzeit nicht vorstellen, längerfristig in dem Beruf zu bleiben, den sie gerade lernen. Das ist das Ergebnis einer kürzlichen Befragung von Auszubildenden in Universitätskliniken. Demnach können sich 56 Prozent der Befragten auch nicht vorstellen, in Vollzeit zu arbeiten. Die Überschreitung der Belastungsgrenze ist für die Beschäftigten in Krankenhäusern und in der Bildung vielfach belegt. Auch für den Schulbereich wurde die Überlastung mehrfach nachgewiesen, zuletzt durch die Arbeitszeit- und -belastungsstudie in Frankfurt am Main.

Im Klinikbereich haben die Beschäftigten jetzt die Reißleine gezogen und gestreikt. Anders scheint es nicht zu gehen.

*

Aktuelle Meldung

Unikliniken und Beschäftigte in NRW einigen sich nach 77 Streiktagen auf einen Entlastungstarifvertrag. – Die wichtigsten Ergebnisse:

Für große Teile des Pflegepersonals ein schichtgenaues Verhältnis von Beschäftigten und Patienten. Wird dieses Verhältnis unterschritten oder kommt es zu anderweitigen zusätzlichen Belastungen, erhalten die Beschäftigten Belastungspunkte. Für sieben Belastungspunkte gibt es einen freien Tag oder Ausgleichszahlungen. Bis zu 18 zusätzliche freie Tage.

Für den Übergangszeitraum von anderthalb Jahren wurden pauschal fünf Entlastungstage für das Pflegepersonal vereinbart.

Erstmals für viele Beschäftigtengruppen außerhalb der Pflege: Mindestbesetzungen und Belastungsausgleiche. Auch hier wurden Mindestpersonalgrenzen festgelegt, bei deren Unterschreitung es zusätzliche freie Tage für die Mitarbeiter gibt.

Bezirks Delegierten Versammlung

Am 18. Juli fand im Bürgerhaus Saalbau Südbahnhof die Bezirksdelegiertenversammlung (BDV) des Bezirksverbands Frankfurt statt.

Eröffnung durch den GEW-Landesvorsitzenden

Die Bezirksdelegiertenversammlung eröffnete Thilo Hartmann, der als Landesvorsitzender mit seiner Stellvertreterin Simone Claar gekommen war, um das Terrain abzustecken, in dem sich die GEW gegenwärtig bewegt. Thilo Hartmann ist bekannt dafür, dies in beeindruckender Akkuratesse zu machen und die Zuhörer sehr schnell in die aktuellen gewerkschaftspolitischen Zusammenhänge und Auseinandersetzungen mitzunehmen. Ob er dabei den „Deckeneffekt“ aus der Arbeitsbelastungsstudie der GEW streift, der Lehrkräfte wegen überlanger Arbeitszeiten am Ende dazu zwingt, irgendwo Abstriche zu machen: entweder an der Qualität der Arbeit oder der Arbeitszeit in Form von Teilzeit und damit am Gehalt. Oder ob er darauf hinweist, das das meiste Geld im Haushalt dasjenige ist, was nicht ausgegeben werden kann, weil das Personal fehlt. Es ist eine irre Welt geworden, in der Vieles „auf Kante genäht“ ist, und die geradezu nach gewerkschaftlicher Organisierung ruft. Schön, wenn er dann auch auf Erfolge verweisen kann, die nicht immer auch in den Medien als solche auftauchen, wie z.B. die neu erstrittene Lehrkräfte-Entgeltordnung und einige mehr.

Rechenschaft

Laura Preusker und Sebastian Guttmann ließen in ihrem Rechenschaftsbericht die gesamte Bandbreite der gewerkschaftlichen Aktivitäten in Frankfurt und darüber hinaus wirkend aufblitzen. Obwohl Corona die Arbeit gleichzeitig mehr als behindert als auch vermehrt hat, kann sich das Ergebnis sehen lassen, wie in der FLZ berichtet. – Verwunderlich ist im Nachhinein, so Laura Preusker, dass Lüftungsgeräte für die Schulen nicht nur per Demonstration vor dem Gesundheitsamt erst gefordert werden mussten, sondern ihre Sinnhaftigkeit auch noch gegen angeblich wissenschaftliche Einwände verteidigt werden musste.

Sebastian Guttmann hob noch einmal den Nutzen der Arbeitszeit- und -belastungsstudie hervor und zitierte den Autor Mußmann: „Ein verantwortungsvoller Arbeitgeber müsste nach diesen Ergebnissen sofort handeln.“ Unter anderem deshalb, weil Hessen in Bezug auf die Arbeitszeit der Lehrkräfte „den Spitzenplatz vom deutschen Spitzenfeld“ innehat. Hier müssten in Bezug auf die nächste Landtagswahl 2023 Konsequenzen gezogen werden.

Dass die Arbeit der GEW auch von Frankfurter Lehrkräften honoriert wird, zeigte sich auch im Personalratswahlergebnis vom Mai 2021 mit 75,45 Prozent. Nicht zuletzt bei der Aufstellung der Luftfilter haben die Personalräte ganz aktuell ein Mitbestimmungsrecht.

Gewählt wurden:

Die Geschäftsführung bilden Melanie Hartert und Dirk Kretschmer.

Referat Mitbestimmung/ Gewerkschaftliche Bildungsarbeit machen Meike Bär und Sam Logan.

Schatzmeisterinnen sind Christina Kolb und Lioba Boll.

Referat TBB bilden Andrea Peters und Sabine Friedrich.

Rechtsberatung machen Sandra Linnemann, Daniel Gnida und Judith Werner.

Wenn's brennt, ist nur noch das Löschen wichtig.

– editorial –

Damit man mit dem Löschen aber nicht nur beständig den Brandherden hinterherrennt, lohnte es sich, die Brandstifter zu stellen. Oder, wem das Bild zu weit geht: Es lohnt sich mindestens, zu untersuchen, wer warum die Feuerwehr reduziert und privatisiert hat und für Brandbeschleuniger gesorgt hat.

Seit über zwei Jahren zwingt uns die Corona-Pandemie und eine durchaus umstrittene Pandemiepolitik zum Löschen der dadurch verursachten Probleme, gibt uns aber nicht die Werkzeuge und Hilfsmittel an die Hand, die wir dafür brauchen (von Luftfiltern über IT bis zu kleineren Klassen und entsprechenden Räumen).

Die letzten beiden Jahre haben unsere gewerkschaftliche Arbeit qualitativ und quantitativ weit zurückgeworfen und ob es gelingen wird, dies aufzuholen, steht in den Sternen.

Alles, was Bildung und Gewerkschaft ausmacht, wurde auf den Kopf gestellt. Aus Nähe wurde Distanz, aus der direkten Ansprache ein digitales Fenster, aus gemeinsamen Aktionen wurde Vereinzelung (bis auf wenige Ausnahmen), aus Demonstrationen wurden virtuelle Bilder, aus Mitbestimmung und Erörterung wurde für die Lehrkräfte ein sonntäglicher Verkündungsakt des Kultusministers, wonach sich ab Montag zu richten sei.

Während ein großes Krankenhaus in Frankfurt für viel Geld in ein Passivhaus umgebaut wurde, um Energie zu sparen, mussten die Lehrkräfte an den Schulen im Winter die Fenster aufreißen und dicke Jacken anziehen, weil die alternative Belüftung zu teuer war.

Widersprüche auf Widersprüche. Dahinter steht wie so oft der Grundsatz: Bildung darf nicht noch mehr kosten, solange die Beschäftigten über das Klagen nicht hinausgehen und die Eltern einigermaßen stillhalten. Schließlich bleibt ihnen ja im Zweifel der Ausweg in die Privatschule und in die bezahlte Nachhilfe und Betreuung.

Geldinvestitionen in die Bildung (Personal und physische Infrastruktur) konkurrieren mit Entlastungsprogrammen für private Unternehmen, deren Spitzenstellung auf dem Weltmarkt für die Politik wichtiger ist als alles andere. Der Ampelvertrag der Bundesregierung proklamiert dies an über zwanzig Stellen.

Und sie konkurrieren mit einer Vermögensumverteilung von unten nach oben, die von denjenigen Wählern auch goutiert wird, die sich zu den Gewinnern rechnen, während die Looser gar nicht mehr zur Wahl gehen oder zur AfD. Bei einer Wahlbeteiligung von 55 Prozent bei der Landtagswahl 2022 im größten Bundesland haben wir „amerikanische Verhältnisse" erreicht. Es sollten eigentlich die demokratischen Alarmglocken angehen, tun sie aber nicht. Damit sind Wahlen für diese Art Umverteilung kein Hemmschuh mehr.

Die GEW sollte sich genau überlegen, was das für die hessischen Landtagswahlen im nächsten Jahr bedeutet.

Corona wurde seit einem halben Jahr vom Krieg in der Ukraine abgelöst. Ein neuer Brandherd, noch viel dramatischer, aber in seiner Wahrnehmung durchaus höchst unterschiedlich:

Die Bildungsbeschäftigten in Kitas und Schule bekommen wie selbstverständlich zu ihrer Überlastung noch ein Paket oben drauf: die geflohenen Ukraine-Kinder müssen schließlich versorgt werden. Und die Kommunen bekommen zu ihrer Schulraumpolitik ebenfalls noch eine zusätzliche Aufgabe aufgebürdet.

Nicht mit diesem Problem Befasste sehen sich jetzt plötzlich mit Forderungen und einer realen Politik konfrontiert, die ans Eingemachte geht, nämlich ans Geld. Stadtwerkevorauszahlungen explodieren mit Steigerungen von 40 Prozent bis hin zur Verdoppelung, die Mieten ziehen nach, für den Winter drohen kalte Wohnungen, für die Wirtschaft eine Drosselung der Energiezufuhr.
Was als „Bestrafung" von Putin gedacht war oder um ihn zur Beendigung des Kriegs zu zwingen, geht nach hinten los: Während der russische Staatshaushalt Überschüsse aufweist, seine Energieeinnahmen hochgeschnellt sind, spielt sich bei uns das Gegenteil ab. Sanktionen schaden „uns" mehr als der Gegenseite. Trotzdem findet keine offene Diskussion statt.

Die Außenministerin macht sich Sorgen um die „Kriegsmüdigkeit", die Vorsitzende des verteidigungspolitischen Ausschusses des Bundestages, Strack-Zimmermann fordert eine „Feindbilderziehung". Sie stellt damit alle bisherigen Bildungsziele, wie sie in den Schulgesetzen der Bundesländer stehen, auf den Kopf, ein wahrer Kulturbruch! Und keine(r) regt sich auf?

Doch: auf dem GEWerkschaftstag in Leipzig wurde eine Distanzierung beschlossen. Das wars. Immerhin auch in Frankfurt.

Im Grunde ist es noch schwieriger geworden, sich der täglichen Propaganda und den medialen Bildern zu entziehen und einen kühlen Kopf zu bewahren. Dass jeder Konflikt mehr als eine Seite und vor allem eine Genese hat, die für die Konfliktbewältigung unerlässlich zu beachten sind, scheint unerwünscht zu sein.

Wenn wir das aber dulden, laufen wir Gefahr, von den Kriegsfolgen materiell, psychisch und politisch auf unabsehbare Zeit überrollt zu werden. Dann bleiben alle unsere gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Anliegen auf der Strecke. Alles, was diesen Krieg – für die Menschen, nicht für die Geostrategen akzeptabel – beenden kann, muss getan werden, je schneller, desto besser!

Und schließlich hat die GEW ja festgestellt, dass es auf einem toten Planeten kein Leben gibt. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionspolitik haben fast alle ökologischen Grundsätze gekippt: Aus einem jedenfalls für eine Übergangszeit vertretbaren Energieträger, nämlich dem russischen Erdgas, wird das umweltschädlichste Fracking-Gas, aus einem vergleichsweise umweltfreundlichen Transportmittel wie der fertigen Pipeline Nordstream 2 werden teure und umweltschädliche Gasumformer (LGT) und der entsprechende umweltschädliche Transport mit Spezialschiffen.

Unsere wertebasierte Außenpolitik lässt es durchaus zu, dieses Gas aus dem Scharia-basierten Katar zu beziehen.

Der Atomstrom aus Frankreich beruht zu fast hundert Prozent aus russischer Uran-Zulieferung und wird medial weitgehend totgeschwiegen, jedenfalls aber nicht sanktioniert. Das Plädoyer für die Atomenergie ist nicht mehr zu überhören, die Endlagersuche aber hat noch nicht einmal begonnen.

Die Kohle zu reaktivieren ist fast schon Mainstream. Der tote Planet wird sich also mit dem Sterben noch etwas Zeit lassen müssen.

Ach ja, und das Geld.
War schon der Bildungsbereich bisher unterfinanziert, waren die Hochschulen wahre Vorreiter für prekäre Arbeitsverhältnisse – mit Befristungen, die nicht ab- sondern zugenommen haben! – so wird sich das in Zukunft noch verstetigen. Denn mit dem quasi über Nacht aus dem Boden gestampften 100 Milliarden-Sonderprogramm fürs Militär sind die Weichen gestellt. Was die USA schon lange konnten, soll anscheinend auch in Deutschland nachgeholt werden: Ein militärisch-industrieller Komplex könnte der Ausgleich für das möglicherweise wegbrechende deutsche Exportüberschussmodell werden. Denn wenn die Spannungen mit China intensiviert werden, gerät unser Außenhandelspartner Nummer 1 – weit vor den USA – ins Wanken. Dafür muss Ersatz geschaffen werden. Und Rüstung ist – insbesondere bei Kriegen und Konflikten – der beste Gewinn-Recycler, den es gibt.

Wer hätte gedacht, dass der doch etwas aus der Zeit gefallene Spruch von der Rüstung, bei der sie fix sind, während sie bei der Bildung nix tun, wieder so hochaktuell geworden ist. Ja, ja, die Zeitenwende. Anders als gedacht.

Aber es gibt auch Lichtblicke, wie immer bei Katastrophen.

Im Gesundheits- und Pflegebereich nimmt der Widerstand gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen erkenn- und wahrnehmbar zu, und zwar sowohl auf der individuellen Ebene – durch Flucht aus dem Beruf – als auch auf der gewerkschaftlichen – durch Streiks.

Und es ist kein Zufall, dass nicht nur Gesundheits- und Pflegepersonal aus diesen Gründen streikt, sondern – wie in Berlin – auch angestellte Lehrkräfte für einen „Gesundheitstarifvertrag", denn beide Bereiche sind unterfinanziert und unter Druck. Das ist eine neue Qualität, und sie sollte genutzt werden. Denn gemeinsam kämpft es sich besser, und die Erfolgsaussichten sind größer.

Dazu müssen wir aber unser „Samaritertum"– wir tuns, weil wir uns verpflichtet fühlen, egal, was man uns dafür bezahlt – etwas zurückfahren oder das, was Sebastian Guttmann und Laura Preusker als „Präsentismus" bezeichnen – als unsere Vorstellung, wir können uns das Fehlen in den Bildungseinrichtungen eigentlich gar nicht leisten. Öfter mal NEIN sagen und das laut und deutlich und in öffentlich wahrnehmbarer Form und vor allem verbindlich wäre heutzutage eine adäquate Form des Protests.

Herbert Storn

Für die Schatzmeisterarbeit über Jahrzehnte (!) gab es großen Dank an Bernd Engelhardt (Foto: Laura Preusker und Bernd Engelhardt).

Referat Schule und Bildung: Sercin Tas, Katja Weber und Lea Brückner (nicht auf dem Bild).

Das Referat Weiterbildung und Bildungsmarkt betreut Michael Grundmann. (Foto unten)

Ohne Foto:

Wiedergewählt wurden die Vorsitzenden Laura Preusker und Sebastian Guttmann (siehe Foto „Rechenschaft").

Referat Kommunale Angelegenheiten bilden wie bisher Christina Avellini und Ingeborg Ulrich. Neu dazu kommt Diane Fehrensen.

Im Referat Umwelt und Arbeitsschutz kümmern sich Meike Bär, Bettina Happ-Rohe und Christoph Baumann.

Die FLZ-Redaktion: Herbert Storn und Jessika Peters.

GEW Bezirks Delegierten Versammlung

Bezirksdelegierten-versammlung

Pflichtstunden reduzieren – Klassen verkleinern

Die GEW Frankfurt setzt sich innerhalb der GEW Hessen weiter dafür ein, dass die Pflichtstunden reduziert, besondere Tätigkeiten wie Klassenführungen mit zusätzlichen Pflichtstundenermäßigungen einhergehen und auch die Klassengrößen in allen Bereichen (als eine bedeutende Quelle von Mehrarbeit und höherer Belastung) verringert werden. Auch das Problem des allgemeinen Lehrkräftemangels muss hier verstärkt in die Überlegungen mit einbezogen und perspektivisch hierfür Lösungen entwickelt werden.

Das Aktionsprogramm der GEW (BDV 2021) und die Ergebnisse der Frankfurter Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie bieten hierfür eine gute Grundlage.

Die Gelegenheit, dies zu thematisieren, ist günstig, denn die Klassengrößenverordnung und und die Pflichtstundenverordnung laufen zum Jahresende aus und müssen erneuert werden. Anhörungs- und Beteiligungsverfahren bieten eine Grundlage für einen inhaltlichen Aufschlag, aber weitere Aktionsmöglichkeiten sollten diskutiert, entwickelt und in Angriff genommen werden.

Insbesondere die Aktionskonferenzen aber auch die LDV im Herbst 2022 bilden hier Gelegenheiten für diese Diskussion und Vorbereitungen.

*

Zur Erinnerung

Das auf der letzten BDV 2021 beschlossene Aktionsprogramm beinhaltet Aktivitäten auf den folgenden Gebieten:

1. Offensive Schritte gegen die massive Mehrarbeit/Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitszeit- und -belastungsstudie. Dazu hat der Landesvorstand am 29. Oktober 2020 bereits gefordert, dass dieAuswirkungen der Corona-Krise einbezogen werden müssen, und die neu gewählten Personalräte Schulungen bekommen, damit sie sich an den Bildungseinrichtungen für die Interessen der KollegInnen einsetzen können.

Die Landesvorsitzenden werden versuchen, mit der Landesregierung in einen Dialog über den Umgang mit den Ergebnissen der Studie zu treten und sich hier für die Erreichung der Ziele einsetzen.

Dazu fordert der Landesvorstand die Einsetzung einer Expert*innenkommission nach niedersächsischem Vorbild zur Auswertung der Arbeitszeitstudie und zur Erarbeitung von weitergehenden Empfehlungen an die Landesregierung und den Landtag.

Kurzfristige Ziele sind dabei:

1. Das Arbeitszeit-Soll der hessischen Lehrkräfte liegt um durchschnittlich eine Zeitstunde pro Woche über dem der Lehrkräfte im Bundesdurchschnitt und deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Das Arbeitszeit-Soll der hessischen Lehrkräfte ist an die tarifliche Wochenarbeitszeit anzupassen (Rückkehr zur 40-Stunden-Woche). Daraus ergibt sich für alle Lehrkräfte bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um 0,5 Pflichtstunden.

2. Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung nach Vollendung des 65. Lebensjahrs um zwei Deputatstunden in der Systematik von § 9 der Pflichtstundenverordnung.

3. Keine neuen Aufgaben ohne Abschätzung der Folgen und ohne verbindliche Regelungen zur Entlastung in Zeit.

4. Angemessene Entlastung zur Korrektur der Abschlussarbeiten und Prüfungen.

5. Zuweisung einer Entlastungsstunde für Klassenleitungstätigkeit (pro Klasse).

6. Die Studie bestätigt die überproportionale zeitliche Belastung von Teilzeitbeschäftigten. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.7.2015 muss auch vom Land Hessen umgesetzt werden: Danach muss eine überproportionale Heranziehung zu außerunterrichtlichen Dienstpflichten durch eine Reduzierung der anteiligen Pflichtstundenzahl ausgeglichen werden.

7. Die Arbeitszeitstudie belegt eine deutliche Überschreitung der Sollarbeitszeit insbesondere bei den Lehrkräften, die in überdurchschnittlichem Umfang außerunterrichtliche Aufgaben bzw. Funktionsaufgaben übernehmen. Dies muss durch eine deutliche Erhöhung des Schuldeputats ausgeglichen werden. Dies wurde von der Landesregierung mehrfach angekündigt, aber nie umgesetzt. Über die Höhe und den Modus muss gesondert diskutiert werden.

8. Keine Anordnung von Mehrarbeit, solange Kolleg*innen nicht normenkonform nachgewiesen werden kann, dass sie dadurch nicht über die maximale Arbeitszeit von 48 Stunden nach Arbeitszeitgesetz kommen.

9. Verpflichtende transparente Dokumentation der Unterrichtsverpflichtung, des Unterrichtseinsatzes, der Bilanzierung und des Ausgleichs nach § 17 Abs. 4 der Dienstordnung durch die Schulleitung zu Beginn jeden Schulhalbjahrs.

Mittelfristige Ziele:

1. Die in der Arbeitszeitstudie nachgewiesene hohe Zahl von Lehrkräften aller Schulformen, die Mehrarbeit gegenüber der aktuellen Sollarbeitszeit leisten, begründet eine weitere Reduzierung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrämter um eine weitere Pflichtstunde.

2. Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen durch Erhöhung von Sozialindex, UBUS, verstärkte Sprachförderungsangebote, u.ä.

3. Ausreichende Ausstattung der Schulträger, um Schulen von Verwaltungstätigkeiten und IT-Support zu entlasten.

Langfristige Ziele:

1. Schrittweise Reduzierung der Klassengrößen auf maximal 20 Schüler*innen

2. Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf 20 Pflichtstunden für alle Lehrkräfte

3. Erhöhung der Schulsozialarbeit an Schulen mit besonderer Herausforderungen

Diese Aufstellung ist nicht abschließend und bedarf einer ständigen Überprüfung und gegebenenfalls Erweiterung.

Es gibt darüber hinaus noch weitere Forderungen, deren dringend notwendige Umsetzung durch die Studie weitere Argumente bekommen hat. Diese betreffen aber einzelne Schulformen wie beispielsweise: A13 für Grundschullehrkräfte oder mit Stundenentlastung hinterlegte Koordinationszeiten.

Fach- und Personengruppen können weiter überlegen, was sich aus den Ergebnissen für ihre Bereiche ergibt.

* * *

Wachsende Defizite in der Lehrereinstellung müssen dringend angegangen werden

Wenn die Politik so weitergeht, haben wir immer weniger Lehrer und können Klassenteilungen, inklusive LehrerInnen-Teams und Arbeitszeitreduzierung schon allein deshalb nicht durchsetzen. Das Problem ist nicht neu. Bereits im August 2019 hat die GEW-Hessen in einer Pressekonferenz Alarm geschlagen. Das HKM musste dazu gezwungen werden, das Problem überhaupt zuzugeben. Warum? Das Desinteresse der herrschenden Politik ist krasser, als die Öffentlichkeit annimmt! Politik behilft sich mit Notlösungen (massenweise StudentInnen als Hilfslehrer, GymnasiallehrerInnen an Grundschulen u. ä.). Selbst ein Mangel an Grundschullehrkräften führt nicht zu einer besseren Bezahlung.

Die GEW muss diese Vernachlässigung nachhaltig in die Öffentlichkeit tragen und zusammen mit den LehrerInnenausbildungssektoren der Hochschulen zügig Konzepte für eine Behebung des Notstands ausarbeiten. Auch Reformüberlegungen in Richtung einphasige Ausbildung gehören dazu, ebenso unsere Überlegungen für eine inklusive LehrerInnenausbildung.

Bildungsfinanzierung – 500-Millionen-Programm und mehr

Wer denkt, dass Geld keine Rolle spielt, weil das Land Hessen im Juli ein kreditfinanziertes „Sondervermögen“ von 12 Milliarden Euro bis 2023 (mit 30-jähriger Tilgung) beschlossen hat, irrt. Denn vorrangig wird die private Wirtschaft bedacht. Und das Bildungswesen soll möglichst wenig kosten.

Hier haben wir aber schon gute Vorarbeit geleistet, und mit dem 500-Millionen-Programm oder auch unseren Forderungen zur kommunalen Infrastruktur gute Grundlagen, werden aber gegenwärtig überrollt, ja überwältigt von einer Katastrophenpolitik und damit einhergehend von einer Verschuldungspolitik, die aber nicht das finanziert, was wir gern hätten, sondern in den traditionellen Gleisen bleibt.

Und wir wissen nicht, wie eng die Fesseln danach angezogen werden.

Dazu kommt, dass die Umverteilungspolitik es schwer hat, überhaupt im Mainstream Fuß zu fassen. Und das in einer Situation, wo es eigentlich leicht sein müsste, die Frage laut und deutlich zu stellen: Wer zahlt für die Krise?

Dies müssen wir intelligent im Bewusstsein unserer Mitglieder, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Gesamtgesellschaft verankern.

Deshalb haben wir auf der LVo-Klausur in Fulda 2020 bereit unsere 500-Millionen-Forderung um die Forderung nach einem Sondervermögen Bildungsinfrastruktur in Höhe von 5 Milliarden Euro erweitert.

mit vielen Vorhaben Themen und Beschlüsse

Thilo Hartmann, Heike Ackermann, Laura Preusker auf der A13-Demo.

Politische Bildung

Die war immer schon an den Rand gedrängt. Dies hat die letzte größere GEW-Veranstaltung von 2016 gezeigt. Jetzt ist der Platz und die Aufmerksamkeit noch geringer geworden, obwohl wir sie noch dringender brauchen, weil die Widersprüche zunehmen.

Hier haben GEW und Personalräte die Aufgabe, entsprechend den bereits bestehenden Forderungen tätig zu werden. Es wäre aber auch hilfreich, wenn die gesellschaftlichen Anliegen der GEW selbst bei der Verteidigung der öffentlichen Güter Eingang in die politische Bildung in den Bildungseinrichtungen fänden, also die genuine politische gewerkschaftliche Arbeit im politischen Unterricht reflektiert würde.

IT-Bereich/ Digitalisierung

(siehe hierzu auch die Seiten 12-13)

Hier haben wir es mit zwei sich scheinbar widersprechenden Strukturen und Politiken zu tun: Auf der einen Seite hinkt die Schule in der Regel weit hinter dem technischen gesellschaftlich vorfindbaren Durchschnittsstandard hinterher – sowohl in Bezug auf die IT-Ausstattung als auch auf die Wartung und auf die IT-Sicherheit!

Auf der anderen Seite ist die Lobby der IT-und Bildungsunternehmen unterwegs, um auch inhaltlich mehr Einfluss in den Bildungseinrichtungen zu gewinnen.

Die GEW muss beide Stränge bearbeiten. Der Handlungsbedarf ist sehr groß, aber hier haben wir zum Glück nicht wenige KollegInnen, die daran bereits arbeiten.

Zufriedenstellende Ausstattung der Bildungseinrichtungen nach pädagogischen und inklusiven Erfordernissen/ Rekommunalisierung

Nicht erst Corona, sondern viele Aktionen von Schülervertretungen („Goldene Klobürste“ in FFM) und Elterninitiativen vorher haben die Defizite der kommunalen Investitionen im Bildungsbereich (von der Hygiene über die Essensbetreuung zum Ganztag) enthüllt. Die pädagogischen Konzepte und ihre baulichen Voraussetzungen liegen auf dem Tisch; sie erfordern aber einen gemeinwirtschaftlichen Ansatz mit finanzieller Absicherung.

Thematische Arbeitskonferenzen

Für alle diese Bereiche Bereiche soll die GEW Arbeitskonferenzen einrichten bzw. fortführen, an denen Fachleute und interessierte KollegInnen mitarbeiten können. Arbeitskonferenzen sind das Mittel der Wahl, weil sie sowohl der Problemklärung als auch der Umsetzung von Lösungen dienen.

Keine Streichung der Koordinatorenstunden Berufsorientierung

*Die Bezirksdelegiertenversammlung der GEW Frankfurt protestiert entschieden gegen die Streichung der Koordinator*innenstunden Berufsorientierung in der neuen Pflichtstundenverordnung und fordert eine Ersatzzuweisung im bisherigen Umfang statt einer Anrechnung aus dem Schuldeputat.*

Durch die Corona-Krise hat die Berufsvorbereitung und hier vor allem die Beratung überwiegend nicht stattgefunden. Dadurch hat auch die Vermittlung in Ausbildungsstellen stark gelitten. Wenn die Unternehmen derzeit klagen, dass es nicht genug Bewerber*innen für Lehrstellen gebe, so ist das vor allem jedoch auch ein „Matching“-Problem, also die Disparität zwischen Einstellung und Vermittlung.

Die Nachfrage nach Auszubildenden für das Ausbildungsjahr 2021/2022 ist im Berichtsmonat nochmals gestiegen. Bisher wurden etwa 30.400 Ausbildungsplätze gemeldet: Ein Anstieg um 10,0 Prozent zum Vorjahresmonat. Ihnen gegenüber stehen rund 26.650 junge Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, die sich bei den hessischen Agenturen für das aktuelle Ausbildungsjahr gemeldet haben. Das sind -3,2 Prozent weniger als im April letzten Jahres. Als unversorgt zählten zum Stichtag noch 14.740 Bewerber/innen. Etwa 19.000 Ausbildungsplätze waren Mitte April noch unbesetzt.

Sinkende Bewerberzahlen und mehr unbesetzte Ausbildungsplätze stehen einem größer werdenden Fachkräftebedarf gegenüber – ein Trend, der bereits vor der Corona-Pandemie eine Herausforderung für die hessische Ausbildungslandschaft darstellte. (BA Hessen, 3.5.2022/ 20.6.2022)

Vor diesem Hintergrund sind Berufsberatung und Berufsorientierung wichtiger denn je. Bisher waren die für die Anrechnung zur Verfügung stehenden Stellen als Teil des Kompensationsbeitrags der bei EU-Förderprogrammen seitens des Landes zu leisten ist, ausgewiesen worden. Diese Fördermittel wurden gekürzt, demzufolge muss auch ein geringerer Beitrag seitens des Fördermittelempfängers geleistet werden. Das ist möglicherweise der Hintergrund für den Wegfall der Stellen/Stunden. Die Schulen werden dies erst zu Anfang des nächsten Schuljahres merken, wenn ihnen die Stunden nicht mehr zugewiesen werden. Meist dürften sie jedoch schon an die Koordinatoren vergeben worden sein, d.h. sie fehlen dann woanders. Es ist zu befürchten, dass den Schulen auf Nachfrage erklärt werden wird, dass die Stunden vergeben werden müssen, aber aus dem Schuldeputat zu nehmen sind.

Vorschlagsliste für die Benennung von Schulen in Frankfurt erstellen

Der GEW Bezirksverband Frankfurt sammelt Namen von Personen, die aus seiner Sicht für die Benennung von Frankfurter Schulen bedacht werden sollten. Hierfür werden Gliederungen und Vertrauensleute angeschrieben und um Rückmeldungen gebeten. Im Vordergrund sollen hier antifaschistische Einstellung und Wirken stehen. Diese Liste wird auf der nächsten BDV präsentiert, diskutiert, beschlossen, dann öffentlichkeitswirksam vorgestellt und Gremien, die sich mit der Benennung befassen, zur Verfügung gestellt.

Aktuell gibt es einen Beschluss, dass der GEW Bezirksverband Frankfurt sich für die Benennung einer Schule nach Ettie und Peter Gingold einsetzt. Unstrittig ist, dass ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine gute Empfehlung für eine Benennung ist. Dennoch war unser Einsatz dafür bisher erfolglos. Für eine Benennung von Schulen muss man Ortsbeiräte und Schulgemeinden gewinnen. In der aktuellen Zeit der im Bildungsbereich bestehenden Überlastung ist es nicht einfach, diese Thematik in den Vordergrund zu stellen. Wir halten es für sinnvoll, den Kreis von Personen, die sich aufgrund ihres Einsatzes und Wirken (insbesondere im Hinblick auf antifaschistisches Handeln) für Benennung eignen, zu erweitern und mit einer größeren Liste öffentlichkeitswirksam darauf aufmerksam machen (z.B. im Rahmen einer Veranstaltung), dass es diese Vorschläge gibt. Auf dieser Grundlage möchten wir dann mit Ortsbeiräten und Schulgemeinden ins Gespräch kommen und darauf hinwirken, dass mehr Frankfurter Schulen nach diesen Persönlichkeiten benannt werden.

Sofortige Freilassung von Julian Assange!

Die BDV fordert zusammen mit dem Gewerkschaftstag in Leipzig die Freilassung von Julian Assange

Die GEW fordert mit vielen anderen die Freilassung von Julian Assange, der maßgeblich dazu beitrug, die US-Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan zu enthüllen.

Die Begründung des britischen Innenministeriums, wonach Gerichte nicht festgestellt hätten, dass die Auslieferung von Assange repressiv, ungerecht oder ein Missbrauch war oder die Auslieferung mit seinen Menschenrechten unvereinbar wäre, können nur noch als zynisch angesehen werden, insbesondere wenn das Ministerium auch noch sagt, dass er in den USA angemessen behandelt werde, auch in Bezug auf seine Gesundheit.

In den USA erwarten Assange mutmaßlich 175 Jahre Haft und lebenslange Isolationshaft. Damit wird investigativer Journalismus in ein kriminelles Unternehmen verwandelt. Dieser Abschreckungseffekt ist verheerend für kritische Aufklärung.

Die GEW findet die Aussage der deutschen Regierungssprecherin Christiane Hoffmann inakzeptabel, wonach Fragen zum Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit und der berechtigten Sicherheitsinteressen von Staaten gegeneinander abgewogen werden müssten.

ElekhWikicommons

Aufwertungsrunde zum Sozial- und Erziehungsdienst 2022

Die Aufwertungsrunde zum Sozial- und Erziehungsdienst ist am 19. Mai 2022 mit einer Einigung in den Tarifverhandlungen zu Ende gegangen. Verhandlungsgegenstand waren nicht die regulären Erhöhungen der Tabellenentgelte, sondern Fragen der Eingruppierung und ähnliches. Wesentliche Ergebnisse gibt es in hauptsächlich in den Bereichen Entgelt, Entlastung und Stufenlaufzeiten.

Ist das Glas halb voll oder halb leer?

Der erreichte Abschluss ist sicher nicht der große Wurf, mit dem die Aufwertung dann etwa abgeschlossen wäre, und er stellt sicher nicht alle zufrieden. Nichtsdestotrotz aber verbessert der Abschluss in spürbarer Weise unmittelbar die Arbeitsbedingungen der Kolleg:innen, die tarifgebunden im Sozial- und Erziehungsdienst beschäftigt sind. Er hat zudem Auswirkungen auf die nicht tarifgebunden in diesem Bereich Beschäftigten, da er den Bezugsrahmen verschiebt und auch die Arbeitgeber freier Träger zu Anpassungen zwingt.

Bei der Einschätzung des Abschlusses sollte mitgedacht werden, dass diese Aufwertungsrunde unter schwierigen äußeren Umständen verhandelt worden ist. Nach zwei Jahren Coronapandemie und angesichts des Überfalls auf die Ukraine war es nicht einfach, die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit für diese Auseinandersetzung zu erreichen. Dass trotzdem dieser Abschluss zustande kam, liegt maßgeblich am Einsatz der Beschäftigten, ihrer Beteiligung an Streiks und Demonstrationen und ihrem vielfältigen Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen!

An mehreren Streiktagen sind GEW Kolleg:innen gemeinsam mit den Kolleg:innen von ver.di öffentlich für die Aufwertung aktiv gewesen. Eine länderübergreifende Streikaktion mit den GEWler:innen aus Rheinland- Pfalz in Mainz-Kastel setzte ein starkes und öffentlichkeitswirksames Zeichen. Aber auch das Werben für die Ziele im persönlichen Umfeld trug und trägt dazu bei, dass die Forderungen nach Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe in der Gesellschaft verankert werden.

Und dies wird weiterhin notwendig sein. Nicht allein, weil die Aufwertung noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern auch weil es unter den Bedingungen des Fachkräftemangels vieler zusätzlicher Anstrengungen bedarf, um einen geeigneten Rahmen für qualitativ gute Arbeit und entsprechende Arbeitsbedingungen zu stellen. Hier braucht es starke und aktive GEWerkschaften, die ohne aktive und engagierte Gewerkschaftsmitglieder nicht denkbar sind! Dass die Aufwertung der Sozialberufe nötig ist, bestreitet niemand mehr, sie aber tatsächlich durchzusetzen, liegt an den Beschäftigten, die dabei aber auf die solidarische Unterstützung anderer, nicht zuletzt von Eltern, angewiesen sind!

Diesmal ging es um die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes. Eine weitere Gelegenheit, sich erneut für gute Arbeits- und Bezahlbedingungen zu engagieren, bietet sich schon bald. Anfang nächsten Jahres nämlich, wenn es wieder in einer regulären Entgeltrunde um die Einkommen aller Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen gehen wird. Eine Tarifauseinandersetzung, die angesichts der aktuellen Preissteigerungen von großer Bedeutung sein wird.

Im Folgenden noch unsere Einschätzungen zu einigen wesentlichen Ergebnissen des Abschlusses, dessen Details unter diesem Link eingesehen werden können:
https://www.gew-hessen.de/tarifbesoldung/tarif-kommunen/details-1/weiterer-schritt-zur-aufwertung-im-sozial-und-erziehungsdienst

Zu beachten ist, dass die Redaktionsverhandlungen der Tarifparteien zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Ausgabe der FLZ noch nicht abgeschlossen waren. In den Redaktionsverhandlungen wird die Tarifeinigung und ihre Umsetzung konkretisiert. Wie also bspw. die Umwandlung von Entgeltanteilen in Entlastungstage gestaltet wird, ist hoffentlich beim Erscheinen dieser Zeitung schon geklärt

n Entgelt

Erzieher:innenberufe (S 2 bis S11a) bekommen eine Zulage von 130 Euro monatlich ab 1. 7. 2022, Sozialpädagog:innen etc. bekommen 180 Euro mehr im Monat. Kita-Leitungen gehen bei der Zulage leer aus. Das ist sehr bedauerlich, allerdings sind Kita-Leitungen im Jahr 2015 durchweg um eine Gruppe höhergruppiert worden und die Arbeitgeberseite ließ sich zu keinen Verbesserungen bewegen.

Andi Werther und Steve Kothe

Wird die vereinbarte Zulage zu den Tabellenwerten der S 8a addiert, dann ist festzustellen, dass mehr als die Hälfte des Weges einer Aufwertung der S 8a (Erzieher/in) in Richtung der derzeitigen S 8b (Erzieher/in mit schwieriger Tätigkeit) zurückgelegt wurde. Gut ist insbesondere auch für die Kolleg:innen in Frankfurt und Umgebung, dass die Erzieher:innen in der S 8b ebenfalls die Zulage bekommen, denn hier wird aufgrund des Fachkraftmangels flächendeckend nach S 8b bezahlt.

Positiv ist gleichfalls, dass die Sozialpädagog:innen etc. in S 11b, S 12, S 14 und S 15 diesmal deutlich besser bedacht wurden als im Jahr 2015.

n Stufenlaufzeiten

Ab Herbst 2024 fallen die gegenüber der normalen TVöD-Tabelle verlängerten Stufenlaufzeiten in der S-Tabelle weg. Die Vereinbarung macht hinsichtlich der „strukturellen Wertebenen“ einiges aus und führt über die gesamten sechs Stufen gerechnet zu einem spürbar höherem Lebenseinkommen. Es profitieren davon vor allem neue und dienstjüngere Kolleg:innen, die die Stufe 6 der Tabelle noch nicht erreicht haben. Da Erzieher:innen mit schwierigen Tätigkeiten die längsten Stufenlaufzeiten bis Stufe 6 haben, profitieren diese in besonderer Weise von der Streichung der besonderen Laufzeiten. Neueinsteiger:innen erreichen dadurch die höchste Stufe der S 8b dann sieben Jahre früher als bisher.

n Regenerationstage

Es gibt zwei zusätzliche Regenerationstage ab 2022. Die Gewerkschaften haben damit einen ersten Schritt hin zu möglichen weiteren bereichsspezifischen Arbeitszeitverkürzungen, bzw. Entlastungen geschafft. Das ist sehr begrüßenswert, allerdings muss darauf geachtet werden, dass sinnvolle Wege der Umsetzung gefunden werden, bspw. durch Einführung zusätzlicher Schließtage. Zudem wurde die Option, die vereinbarten Zulagen in bis zu zwei zusätzliche Regenerationstage umzuwandeln, vereinbart.

Freie Träger: Das Beispiel ASB Lehrerkooperative in Frankfurt und der lange Weg zum TVöD

Beschäftigte freier Träger, die einen so genannten dynamischen Anwendungstarifvertrag zum TVöD abgeschlossen haben, z. B. die AWO Wiesbaden oder die AWO Frankfurt, profitieren unmittelbar von den vereinbarten Verbesserungen. Bei anderen freien Trägern ist die Sache oftmals komplizierter, wie etwa bei einem großen freien Träger in Frankfurt, wo die Kolleg:innen parallel zu den Auseinandersetzungen um die Aufwertung des SuE-Bereiches um den Anschluss an den TVöD stritten und bis heute streiten. Bei der ASB Lehrerkooperative arbeiten rund 800 Beschäftigte, hauptsächlich in Kitas und Ganztagsbetreuung, aber auch in der Familien- und Erziehungshilfe und in Bildungsangeboten. Der bestehende Haustarif erreicht nicht ganz das TVöD-Niveau, hatte der Arbeitgeber zuvor doch darauf verwiesen, dass nicht alle Bereiche beim Träger ausreichend gegenfinanziert seien. Doch die Kolleg:innen schicken sich an den Tarifvertrag zu verbessern und haben zum Ziel, bei der Bezahlung das materielle Niveau des TVöD zu erreichen. Sollte dies gelingen, hätte dies auch eine enorme Signalwirkung für andere freie Träger, die in vielen Feldern der Sozialen Arbeit präsent sind und häufig tarifliche Standards zu Lasten der dort Beschäftigten unterschreiten. Umso wichtiger wäre ein erfolgreicher Tarifabschluss bei der ASB Lehrerkooperative; dass dieser gelingt, ist dank des relativ hohen gewerkschaftlichen Organisierungsgrades im Betrieb nicht unmöglich.

Es ist und bleibt ein Unding, dass Kolleg:innen freier Träger für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten als öffentlich Beschäftigte!

Wie weiter?

Zwar steht den tarifgebunden Beschäftigten die erhöhte Zulage ab 1. Juli 2022 zu, aber in der Vergangenheit haben sich einzelne kommunale Arbeitgeber oftmals dagegen gesperrt, Entgelterhöhungen vor Abschluss des Unterschriftenverfahrens zu den redaktionellen Tarifverträgen den Beschäftigten zu überweisen. Dieses Verhalten ist wenig fürsorglich gegenüber den Beschäftigten, aber rechtlich leider nicht zu beanstanden. Möglich wäre aber auch, die Zahlung „unter Vorbehalt“ vor der letzten Unterschrift unter den Tarifvertrag auszuzahlen.

Anfang 2023 geht es dann aber wieder in einer neuen Tarifrunde um die Entgelttabellen für alle Beschäftigten bei den Kommunen und beim Bund. Rund 2,6 Mio. Beschäftigte sind davon betroffen. Der Sozial- und Erziehungsdienst macht davon nur einen kleinen Teil aus: Hier sind rund 330.000 Menschen beschäftigt. Im Juni hat die GEW ebenso wie die anderen Gewerkschaften in diesem Bereich die Forderungsdiskussion eröffnet. Keine leichte Debatte angesichts von einer Preissteigerungsrate, die über Jahrzehnte unbekannte Höhen erreicht. Der Verhandlungsauftakt ist derzeit für Ende Januar 2023 terminiert.

Rüdiger Bröhling
Tarifreferent GEW Hessen
Andreas Werther
Referent Sozialpädagogik

Die Vorklasse wird 70 – ein Grund zum Feiern !?

Nächstes Jahr ist es soweit: die Einrichtung der Vorklasse in Hessen jährt sich zum 70. Mal ! Ein guter Anlass, über die bisherige Entwicklung, das „besondere Potential" der Vorklasse und die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu berichten und auch die derzeitigen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen.

Die Vorklasse ist an die Grundschule angegliedert und hat als präventive Maßnahme das Ziel, schulpflichtige Kinder mit Entwicklungsverzögerungen in den verschiedensten Bereichen zu fördern und in ihren Kompetenzen zu stärken, um ihnen einen guten Start in der kommenden ersten Klasse zu ermöglichen. Dem Entwicklungsstand der Kinder soll dabei in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Die Förderung soll individuell und ganzheitlich in einer kleineren Lerngruppe erfolgen und in Situationen kindlichen Erlebens und Handelns eingebettet sein.

So wird es bereits im Rahmenplan aus dem Jahre 1991 beschrieben, der heute noch die rechtliche Handlungsgrundlage für die pädagogische Arbeit in der Vorklasse darstellt. Er ist auch und vor allem in der heutigen Zeit hochaktuell, betont er doch, dass es bei der Förderung der angestrebten Schulfähigkeit nicht ausschließlich um die kognitive Förderung geht, sondern ebenso um die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit im emotionalen, sozialen und auch motivationalen Bereich. Ziel ist, die Lernfähigkeit anzuregen und zu entfalten und Schulfähigkeit und Verhaltensweisen zu fördern, die für das Lernen im Anfangsunterricht und in der Gruppe notwendig sind.

Heute spricht man von den Basis-, Lern-, Sozialkompetenzen, von den exekutiven Funktionen, von einem sicheren Bindungsverhalten, weiß um die wichtigen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und die Bedeutung eines positiven stabilen Selbstkonzepts, um neuen Situationen und Anforderungen mit der notwendigen Zuversicht zu begegnen.

Hierfür bedarf es der Bewältigung entscheidender Entwicklungsaufgaben im Leben eines jeden Kindes, die es in der Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen und auch anstehenden Lernanforderungen vollzieht. Hier setzt der sozialpädagogische Ansatz an, der Aspekte der sozialen Gruppenarbeit beinhaltet. Die sozialen Nah-Beziehungen und persönlichen Lernerfahrungen im Gruppenprozess sind für den individuellen Entwicklungsprozess ausschlaggebend – die individuelle Persönlichkeitsentwicklung vollzieht sich im sozialen Miteinander, das daher einen wesentlichen Schwerpunkt des pädagogischen Handelns in der Vorklasse ausmacht. Auf die entscheidende Bedeutung der positiven Beziehung und Bindung zwischen der Vorklassenleitung und den Kindern und dem Umgang der Kinder untereinander weist der Rahmenplan daher ausdrücklich hin.

Es gilt also, eine Gemeinschaft zu entwickeln, die einen sozialen Rückhalt durch das sichere Eingebundensein ermöglicht. Die Gruppe fungiert in dem gemeinsamen Vorklassenjahr als Ort und Medium sowohl individueller als auch sozialer Reifung und verbindet subjektive Entfaltungsmöglichkeiten und kooperative Interaktionen in der Auseinandersetzung mit Lernanforderungen und Sachinhalten. Es bedarf hierbei der professionellen Prozessgestaltung und -begleitung in einer deutlich überschaubaren Gruppe, damit sich die sozialen Kräfte positiv entfalten und so zur persönlichen Gesamtentwicklung des einzelnen Kindes beitragen können.

Die Geschichte vom goldenen Apfel wird nacherzählt und mit verschiedenen Rollen „nachgespielt". Foto: Susanne Leiner

Unter guten Rahmenbedingungen kann sich so eine soziale Gemeinschaft entwickeln, die von einem dialogischen Miteinander auf Augenhöhe mit Herz und Humor geprägt ist. Dies ermöglicht bedeutsame Begegnungen vielfältiger Art, entscheidende entwicklungsförderliche Erlebnismomente und individuelle Selbstbildungspozesse. Die pädagogische Leitlinie besteht darin, jedes Kind mit offenem Blick zu beobachten, anstehende Entwicklungsaufgaben wahrzunehmen und unterstützende Begleitung anzubieten, die von ihm ausgehenden Impulse aufzugreifen und in das pädagogische Handeln einzubeziehen.

In der Zielperspektive dient das pädagogische Handeln der Konfrontation mit den Herausforderungen, die einen erfolgreichen Schulunterricht erst möglich machen.

Häufig sind es nur kleine Anforderungen, die es dem Kind in der Sicherheit seines grundsätzlichen Angenommenseins ermöglichen, sich auf innere Ambivalenzen und Irritationen einzulassen. Dann wird es möglich, in dem dialogischen Miteinander unterschiedliche Bedürfnissen und Sichtweisen zu beleuchten, zu benennen und gegeneinander abzuwägen. Dies kann dem Kind den Blick für eine komplexere Außenwelt und für neue Handlungsoptionen eröffnen. Dadurch gewinnen situativ entstehende und ungeplante kleine „Vorkommnisse" einen pädagogischen Sinngehalt für die weitere Entwicklung des einzelnen Kindes.

Unterschiede zu Eingangsstufe oder Flex

Der pädagogische Handlungsspielraum, das situativ und bedarfsorientierte Aufgreifen oder auch gezielte Initiieren von anstehenden Entwicklungsaufgaben und der hierfür notwendige zeitliche Rahmen unterscheiden die Vorklasse im Wesentlichen von den anderen Modellen wie Eingangsstufe und Flex – wenn die Rahmenbedingungen stimmen ….!

Gelingensbedingungen

Hier kommt die Gruppengröße als maßgebliche Gelingensbedingung für den pädagogischen Handlungsauftrag der individuellen Förderung ins Spiel. Der Handlungsspielraum, bedarfsorientiert und situativ auf die Bedürfnislage des einzelnen Kindes einzugehen, schwindet mit der wachsenden Gruppengröße. Es entfaltet sich eine restriktive Wirkung, die dem besonderen Förderanspruch eindeutig entgegensteht, der Vorklassenkindern mit der Rückstellung vom Schulbesuch aufgrund der Entwicklungsverzögerungen in den verschiedenen Bereichen zugestanden wird.

An dieser Stelle muss auf die psychischen Grundbedürfnisse hingewiesen werden, die es zu wahren gilt: Das Bedürfnis nach aktivem, selbstständigem Lernen, das die eigene Selbstwirksamkeit erlebbar macht, das Bedürfnis nach Kommunikation, Kooperation und sozialen Kontakten, die soziale Anerkennung, Bestätigung und Vernetzung mit sich bringen, und das ebenso wichtige Bedürfnis nach einer vertrauenserweckenden, überschaubaren Lerngruppe und Lernprozessen, die ein Gefühl von Sicherheit und Berechenbarkeit vermitteln.

Bei der Einrichtung von Vorklassen wurde dem pädagogischen Anspruch der kleineren Lerngruppe zunächst mit der Festlegung der Gruppengröße auf maximal 20 Kinder begegnet – vor dem damaligen Hintergrund wesentlich größerer Schulklassen in allen Schulformen. Diese Vorgabe gilt bis heute unverändert für alle Vorklassen an Regelschulen, während die Klassen- und Lerngruppengrößen sowohl in den Regelschulen als auch an den Förderschulen und den dort angebunden Schwerpunktvorklassen pädagogisch sinnvoll und bedarfsorientiert kontinuierlich abgesenkt wurden.

In der seit dem 21. Juni 2011 geltenden Klassengrößenverordnung wurde die maximale Klassengröße in der Grundschule nochmals von 28 auf 25 verringert. Dementsprechend hat sich auch die durchschnittliche Klassengröße an Hessens Grundschulen seit über 10 Jahren auf knapp 20 Kinder reduziert. Viele Grundschulklassen haben damit weniger als 20 Kinder, während Vorklassen noch bis an die zugelassene Höchstzahl von 20 „aufgefüllt" werden können.

Aus diesem Grund wurde ein Petitionsantrag auf Absenkung der Vorklassengrößen auf 8 bis 15 gestellt. Er wurde negativ beschieden unter Verweis auf die bestehende Klassengrößenverordnung (gültig bis 31. 12. 2022) und die landesweit durchschnittliche Vorklassengröße von 13,4 im Jahre 2019.

Eine kleine Anfrage an den hessischen Landtag bzgl. der Vorklassengrößen im selben Schuljahr ergab folgende Zahlen: Von 256 Vorklassen an Hessens Grundschulen verfügten fünf Vorklassen über die Maximalklassengröße von 20 Schülerinnen und Schülern, sechs Klassen über die Größe von 19, elf Klassen über die Größe von 18, 13 Klassen über die Größe von 17 und 17 Klassen über die Größe von 16 Schülerinnen und Schülern. Das heißt: 20,3 % aller Vorklassen an Hessens Grundschulen verfügten demnach über mehr als 15 Kinder. 26,4 % aller Vorklassenkinder ohne bislang festgestellten Förderbedarf besuchten eine Vorklasse mit mehr als 15 Kindern, jedes Dritte (33,4 %) eine Vorklasse mit 15 oder mehr Kindern.

Nun zurück zur Ausgangsfrage: Gibt es einen Grund zum Feiern ?

Ein Grund zum Feiern wäre die pädagogisch sinnvolle, längst überfällige Reduzierung der maximalen Klassengrößen der Vorklassen auf maximal 15 Kinder in der kommenden Klassengrößenverordnung!

Susanne Leiner

PS: Eine Absenkung von 10 bis 20 Kindern auf 8 bis 15 im Schuljahr 2019/20 wurde mit einem Mehrbedarf von 42 Stellen landesweit veranschlagt, die Einführung der verpflichtenden Vorlaufkurse mit 210.

Bericht aus dem Ausschuss für Bildung und Schulbau

2. Mai 2022

Nachdem wir wegen der begrenzten Teilnehmerzahl trotz frühen Erscheinens mehrfach nicht am Ausschuss für Bildung und Integration teilnehmen konnten und unverrichteter Dinge nach Hause gingen, gelang uns die Teilnahme im Mai erstmals seit der Corona-Pandemie wieder ohne Probleme.

VonIngeborg Ulrich und Christina Avellini

In der Bürgerinnen- und Bürgerrunde spricht sich Frau Hartenstein im Namen der Elternschaft für den Antrag ‚*Schule am Mainbogen als Kooperative Gesamtschule*' (Tagesordnungspunkt 8) aus. Unter TOP 11 Schulstandort im Frankfurter Osten nicht leichtfertig aufgeben erinnert Frau Hartenstein an das Gymnasium Ost, welches schon vor Jahren beschlossen wurde. Der Wunsch nach grüner Fläche sei bei allen vorhanden. Trotzdem solle nicht dogmatisch gehandelt werden. Die beste Schulentwicklung helfe nichts, wenn diese nicht umgesetzt werde. Sie fordert im Namen der Eltern eine schnelle, pragmatische Lösung zu finden.

Hannes Kaulfersch vom Stadtschülerrat nimmt ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung. Es gebe einen riesigen Zeitdruck. Das Szenario auf das wir zusteuern sei, dass Schülerinnen und Schüler ohne Schule dastehen werden. Er appelliert an das Gremium das Gymnasium im Osten so zu bauen wie vorgesehen. Frau Pauli wirft der CDU vor, bildungspolitisch zehn Jahre im Tiefschlaf gewesen zu sein! Frau Weber äußert, dass sie diese Woche ein erstes Zwischenergebnis zum Bau des Gymnasiums Ost erhalten wird.

Weiterhin äußert sich Frau Braun, Schulleiterin der Münzenbergerschule zu Tagesordnungspunkt 15: *Turnhalle in der Münzenbergerschule*. Gemeinsam mit der Schulelternbeiratsvorsitzenden kritisiert sie, dass es bis heute keinen Ansprechpartner*in bei der Stadt gibt, keine Informationen über den Stand, Fortschritt etc. Außerdem sei der damalige Architekt verschollen. Zum aktuellen Stand der Sanierung sagt Frau Weber, dass ein ganzheitliches Konzept erarbeitet wurde. Es hänge im Moment an Haushaltsfragen und an fehlenden Haushaltsmitteln. Ein Teilschaden sei behoben worden.

Unter TOP 6 Bericht der Dezernentin informiert Frau Stadträtin Weber u. a. zum Thema Erteilung des Zuschlags für Luftfilter. Sie berichtet, dass am 11. April 2022 der Zuschlag an zwei Firmen erteilt wurde. Ab dem 11. April gäbe es eine vierwöchige Frist, in der Klagen eingereicht werden können. Das Vergaberecht bezeichnet sie als sehr speziell.

Zu den Themen *Container für die Ziehenschule und Erweiterungsbau Ziehenschule* gab es in vergangenen Sitzungen Redebeiträge und eine Demo. Frau Weber sagt zu, dass die maximale Anzahl an Räumen beauftragt wird, aber vorher müsse die Baugenehmigung da sein. Es dauere circa noch ein Jahr bis diese Container stehen. Eine Interimslösung gäbe es bisher noch nicht. Sie sei diesbezüglich im Gespräch mit der Schulleitung. Ein endgültiger Erweiterungsbau soll als Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Zum Thema *Kinderbetreuung in Nieder-Erlenbach* berichtet Frau Weber, sie sei weiterhin bemüht Plätze zu finden. Deshalb werden sie das Grundstück für die Kinderbetreuung nehmen, das am schnellsten frei ist.

Geflüchtete aus der Ukraine und deren Kinderbetreuung: Frau Weber berichtet, dass die Kinderbetreuung für Geflüchtete aus der Ukraine durch eine Überbelegung der Kindergartengruppen mit ein bis zwei zusätzlichen Kindern ermöglicht werden soll. Die Zustimmung dazu wurde eingeholt. Kindernet Frankfurt wird gerade in die ukrainische Sprache übersetzt. Eltern-Kind-Angebote sollen gemacht werden, um den Familien das Ankommen in Frankfurt zu erleichtern. Weiterhin bestehe ein großer Bedarf an Aushilfspersonal, z. B. ehemaligen Schulleitungen, Lehrern, die ehrenamtlich bzw. mit Aushilfsvertrag unterstützen. Wenn ukrainische Lehrkräfte über kein polizeiliches Führungszeugnis verfügen, kann eine entsprechende Ersatzerklärung abgegeben werden.

Zur Zeit gibt es in Frankfurt 97 Intensivklassen. Laut Frau Weber sei der Anteil der ukrainischen Schülerinnen und Schüler in Alphabetisierungsklassen eher gering. Offensichtlich gebe es in diesem Bereich kaum Bedarf. Die Zuweisung in die Intensivklassen läuft über das ABZ. 210 Anträge seien noch anhängig. Frau Weber äußert, das ABZ brauche Unterstützung. Von 700 zugewiesenen Schülerinnen und Schülern in den Intensivklassen stammt der überwiegende Anteil mit circa 500 aus der Ukraine.

Außerdem berichtet Frau Weber über den *Architektenwettbewerb für die IGS-Süd*. Es sei ein spannender Wettbewerb mit zwei 2. Preisen und einem 3. Preis gewesen. Ende des Jahres falle die endgültige Entscheidung.

Weitere Architekturwettbewerbe werden für die Otto-Hahn-Schule und den Bildungscampus Gallus stattfinden. Für Letzteren seien die Ausschreibungstexte fast fertig.

Luftfilter-Demo vor dem Gesundheitsamt

Luftfilter für alle Klassenräume

Der Bezirksdelegiertenversammlung fordert die Stadt Frankfurt auf, in allen Unterrichtsräumen an allen öffentlichen Schulen, Luftfiltergeräte aufzustellen und langfristig mit Luftfilteranlagen auszustatten. Dies muss jetzt und auch zukünftig der Mindeststandard für Unterrichtsräume sein.

An 140 Frankfurter Schulen soll jetzt endlich damit begonnen werden, die Klassenräume mit Luftfiltergeräten auszustatten. Laut der Stadt Frankfurt sollen diese 2400 Geräte spätestens nach den Herbstferien aufgestellt sein. Wir stellen fest, dass es enormen Druck gegen die erhebliche Widerstände gebraucht hat. Hierbei ist es auch ein Verdienst des GEW Bezirksverbands Frankfurt, diesen konstant aufrecht erhalten und die Forderung immer wieder vorgebracht zu haben. Die Stadt betont inzwischen, dass auch ohne Corona das Aufstellen der Luftfilter sinnvoll sei, um so für eine durchgehend qualitative gute Raumluft in den Unterrichtsräumen zu sorgen. Dem stimmt die GEW unbedingt zu.

Auch aus diesem Grund ist es aber merkwürdig, dass nur für die Räume der Klassen 1-6 Luftfiltergeräte vorgesehen sind. Qualitativ gute Raumluft ist für alle Lernenden und Lehrenden wichtig!

Ausschuss für Bildung und Schulbau (B)

Der Ausschuss berät und entscheidet über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule, Volkshochschule, Kindertagesstätten, Stadtbüchereien, Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung

Er setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juli 2021 aus 21 Mitgliedern zusammen: 5 GRÜNE, 5 CDU, 4 SPD, 1 LINKE, 1 FDP, 1 AfD, 1 Volt, 1 Öko-LinX-ELF, 1 BFF-BIG und 1 FRAKTION.

Alle Dokument aus dem PARLamentsInformationsSystem der Stadt Frankfurt am Main unter: http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Der Tagesordnungspunkt *Kinderbetreuung für die Beschäftigten des Klinikums Höchst* wird vorgezogen. Die anwesende Gleichstellungsbeauftragte des Klinikums Frankfurt-Höchst, Frau Zimmermann, erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Beschäftigungsstruktur und die Situation der Kinderbetreuung im Klinikum. Danach beantwortet sie die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Pauli zeigt sich irritiert über die betriebswirtschaftliche Argumentation. Sie fordert ein kämpferischeres Vorgehen von Seiten der Gleichstellungsbeauftragten.

Frau Weber hat sich bezüglich der 24 Stunden- und Übernachtbetreuung informiert. Eine 24-Stunden-Kita sei grundsätzlich möglich. Außerdem sei ein gut abgestimmtes und ausführliches Konzept ganz besonders im Hinblick auf den Kinderschutz notwendig sowie ein Zuschlag für das Personal.

Insgesamt sieht Frau Weber eine recht gute Versorgung in der öffentlichen Betreuung im Stadtteil. Ihr Fazit: Wenn Betriebskita dann ohne Stadtteilöffnung. Man müsse mit dem Träger ins Gespräch gehen, um auszuloten was möglich ist.

30. Mai 2022

Vertagt werden: Wie geht es weiter mit der Fürstenberger Realschule und dem Elisabethengymnasium? (Bericht des Magistrats vom 15. 11. 2021, B 405) sowie: Lärmschutzwand Pestalozzischule (Bericht des Magistrats vom 29. 10. 2021, B 383

Frau Stadträtin Weber gibt einen Sachstandsbericht zu der Lieferung von Luftfiltern sowie über den Tarifabschluss für den Sozial- und Erziehungsdienst.

Frau Dr. Feuerbach stellt das Kinderbüro vor.

Im Mittelpunkt dieser Sitzung standen die Etatanträge

Klassenfahrten und Umweltbildungsangebote für alle 1. bis 6. Frankfurter Schulklassen. Der Vorlage E 76 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 700.000 Euro eingestellt werden und für das Jahr 2025 600.000 Euro.

Verbilligtes Ticket für Oberstufen- und Berufsschülerinnen und -schüler: Beschlossen wurde:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie mit Beginn des Schuljahrs 2023/2024 ein RMV-Jahresticket für Oberstufen- und Berufsschüler*innen angemessen gefördert werden kann.

Der Zuschussbetrag pro Ticket ergibt sich aus den bis zum 1. August 2023 eingegangenen Förderanträgen und beträgt maximal 50 % der Kosten. Förderberechtigt sollen alle Schüler*innen mit Wohnsitz in Frankfurt sein, die eine Berufsschule oder die Jahrgangsstufen 11,12 oder 13 einer weiterführenden Schule besuchen und keinen Anspruch auf eine kostenlose Schüler*innenbeförderung haben. (...)"

Etatanträge der CDU wie: „Bildungscampus Gallus endlich realisieren" (E 175). Ausbau von Realschulplätzen und Sporthallenkapazitäten (E 176), Planungsmittel für ein Schulschwimmbad Gymnasium Nord (E 177), „Digitalisierung auch in der Erwachsenenbildung ermöglichen" (E 179), „Angebote der Stadtbücherei – Einen dritten Bücherbus anschaffen" (E 180), „WLAN an Schulen ausbauen und IT-Support langfristig sichern" (E 199) wurden abgelehnt.

Ablehnung von **Etatanträgen der Linken:** „Bibliotheken kostenfrei benutzen", „Jugendhilfe an Schulen stärken", „Präsenz-Reinigungskräfte an Schulen", „Kostenlose Kinderbetreuung auch in der Kin-

derkrippe und Tagespflege“, „Kostenfreies und gesundes Frühstück und Mittagessen an Schulen“ oder „Personalbudget für Frankfurter Kinderbüro erhöhen“.

Von **ÖkoLinks-ELF** wurde der Etatantrag „Nulltarif für Kindergärten und Kitas“ abgelehnt.

Von Ortsbeiräten wurden u.a. folgende Anträge bzw. Anregungen abgelehnt

OBR 11: Planung eines Gymnasiums im Frankfurter Osten, Fotovoltaikanlagen auf den Neubauten der Turnhallen der Friedrich-Ebert-Schule und der Schule am Mainbogen, Kinderbetreuungsplätze für Drei- bis Sechsjährige in Seckbach und Riederwald: kurzfristige Erhöhung des Versorgungsgrads auf 95 Prozent

OBR 6: Neue Grundschule in der Gotenstraße, Unterliederbach, Griesheim: Zusatzbudget im Rahmen des Digitalpakts für die umgehende Digitalisierung der drei Griesheimer Grundschulen (Boehleschule, Berthold-Otto-Schule, Eichendorffschule), Griesheim: Erneuerung der Küche im Lehrertrakt der Berthold-Otto-Schule, Sossenheim: Planungskosten für einen Neubau der Edith-Stein-Schule einstellen

OBR 1: Endlich eine Turnhalle für die Falkschule

OBR 15: Otto-Hahn-Schule, Abriss und Neubau der Sporthalle 1

OBR 12: Mittel für den Schulbus zur IGS Stierstadt, Mittel für den Neubau der Kita und des Mehrzweckraums Kalbacher Stadtpfad bereitstellen, Mittel für den Neubau der Kita Sonnenwind bereitstellen

OBR 10: Instandhaltung der maroden Schulturnhallen, Mittel für Horte – Erweiterung an den Grundschulen/neue Einrichtungen

OBR 9: Schulpavillonprogramm und sonstige Kleinbaumaßnahmen, Gymnasien – Ziehenschule

OBR 13: Kita-Neubau Nieder-Erlenbach

OBR 5: Abriss und Neubau der Sporthalle Süd und Erweiterung des Schulstandortes der Deutschherrnschule, Errichtung einer Pausenhofüberdachung in der Deutschherrnschule, Bau einer Grundschule im Lyoner Quartier in Niederrad, Planung einer weiteren Grundschule in Niederrad, Sanierung und Ausbau der Frauenhofschule, Schule am Mainbogen als Kooperative Gesamtschule

Der Vorlage M 59 (Genehmigung der Planungsrichtlinien für inklusives Bauen von Schulen) wurde in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

Die Fortschreibung 2020/2021 zu Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main wurde zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht „Kinderfreundliche Stadt: Zukunftsorientierte Planung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren“

Zum Zustand der Räumlichkeiten der Toni-Sender-Oberstufe (TSO; ehemals Neue Gymnasiale Oberstufe) gibt es einen Bericht des Magistrats vom 8.4.2022 (B 155)

Auch ein Bericht des Magistrats vom 6.5.2022 (B 201) (Kita-Fachkräfte verzweifelt gesucht?!) wurde zur Kenntnis genommen.

4. Juli 2022

In der Bürgerinnen- und Bürgerrunde spricht Frau Hartenstein zu TOP 11., 16., 22. und 24., Herr Witte zu Tagesordnungspunkt 14. sowie Frau Malkomes zu Tagesordnungspunkt 23. Weiterhin spricht der StadtschülerInnenrat mit Zustimmung des Ausschusses zum Thema „Ermäßigte RMV-Tickets für Oberstufenschülerinnen und -schüler“.

Frau Stadträtin Weber berichtet zu den Themen Frankfurter Schulpreis, Nachhaltigkeitspreis Frankfurter Schulen und dem Neubau Römerstadtschule. – Frau Klein und Frau Ripperger berichten mittels einer Präsentation zu „Pilotierung Gesamtkonzept Ganztag“ und beantworten Fragen der Anwesenden.

Zum IT-Support-Konzept für Schulen gibt es einen Gemeinsamen Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt (NR 403), dem zugestimmt wird.

Ein Antrag der CDU vom 25. Mai 2022 (NR 414) „Mensa/Küche der Minna-Specht-Schule unverzüglich fertigstellen“ wird vertagt.

Der DS M 87 (Friedrich-List-Schule; Grundschule, Errichtung eines Erweiterungsbaus (1. Bauabschnitt), vier Klassenräume und zwei Differenzierungsräume) wird zugestimmt.

Der Bericht des Magistrats vom 29.4.2022, (B 177) „Wie kann die Stadt kurzfristig die Raumnot in Schulen lindern?“ wird zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht (B 185) „Schulbau: transparent und übersichtlich“

Korruption von der Schulreinigung bis hinein in die Staatsanwaltschaft

Allein über 10 Millionen Euro Schäden durch Staatsanwalt werden beziffert – Fast jede zehnte Schule betroffen

Während sich die Frankfurter Medien, allen voran die Frankfurter Rundschau über Monate auf staatsanwaltschaftliches Drängen mit Korruptionsvorwürfen gegen den amtierenden OB Peter Feldmann hervortaten, fand eine systematisch organisierte korruptive Praxis mit weit weniger Medienecho in zwei durchaus sensiblen Bereichen statt. Denn die Schulreinigung ist nicht nur, aber insbesondere in Coronazeiten, ein für den Infektionsschutz nicht gerade unwichtiger Bereich. Und wenn dann auch noch Schulhausverwalter von den Privatfirmen hineingezogen werden, ist das umso schlimmer.

Und während die Staatsanwaltschaft sich mit dem OB beschäftigt, hat ein Oberstaatsanwalt wohl in 101 Fällen gewerbsmäßige Bestechlichkeit gezeigt und in 55 Fällen Steuern hinterzogen, so der Vorwurf. Bemängelt werden sowohl die Innenrevision der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft als auch die Aufsicht des hessischen Justizministeriums, so die FR vom 2./3. Juli 2022. Auch der Schaden wird mittlerweile nicht mehr nur auf eine halbe Million Euro geschätzt, sondern auf das 20-Fache, nämlich 10 Millionen Euro, so der neue Justizminister Roman Poseck.

Für die Schulreinigung gibt es eigentlich nur eine Konsequenz: die Rekommunalisierung, eine alte, aber noch immer aktuelle Forderung der GEW, die auch von der Dezernentin geteilt wird. Das ist zwar noch keine absolute Garantie, würde aber den Profitdruck auf die Arbeitsbedingungen erheblich vermindern und die Kontrollen erleichtern.

Dass, wie die Frankfurter Rundschau feststellt, die Reinigungsbranche neben dem Baugewerbe als die für Korruption anfälligste Branche gilt, ist allgemein bekannt. Und dass es allein in den vergangenen zwei Jahren deswegen im Rhein-Main-Gebiet drei Großrazzien bei Reinigungsfirmen gegeben hat, unterstreicht dies.

Warum die Rekommunalisierung bisher nicht vorangekommen ist, liegt nicht zuletzt an der von den Grünen favorisierten Parteienkonstellation mit FDP und VOLT. Alle drei Parteien eint der Wunsch, so viel an private Unternehmen auszulagern wie möglich. Das hat zuletzt die Privatisierung der Klinikapotheke am Höchster Krankenhaus gezeigt, womit dort sogar eine „cash-cow“, also ein erheblicher Einnahmenerbringer für die Klinik, an eine private Großapotheke übertragen wurde.

Auch solche Dinge gehören zum Gesamtblick auf die Frankfurter Stadtpolitik. Sie erhalten nur leider nicht immer die gebührende mediale Aufmerksamkeit.

Herbert Storn

Kampagne beenden – Inhalte nach vorn rücken und Frankfurter Probleme angehen!

Die GEW nimmt zur Kenntnis, dass es große Aktivitäten der im Römer vertretenen Fraktionen gibt, dass Peter Feldmann nicht weiter das Amt des Oberbürgermeisters innehat.

Allerdings geht es bei diesen Aktivitäten bisher nicht um politische Inhalte, die für unsere Arbeit grundlegend sind:

- Alle Projekte, die die Bildungs-, Arbeits- und Wohnsituation in Frankfurt verbessern, kosten Geld. Und zwar unabhängig davon, ob es um Sanierung von Schulen und KiTas, faire Arbeitsbedingungen, Ausbau der Sozialarbeit oder bezahlbare Mieten geht.
- Häufig wird behauptet, dieses sei nicht da. Aber es wird nichts unternommen, dies zu verändern. Die Senkung des Gewerbesteuersatzes von 2007 wird nicht zurückgenommen – im Gegenteil: eine weitere Senkung soll geprüft werden.
- Ist Geld da, fehlt das Personal um es an den Stellen, wo es gebraucht wird, auszugeben (Planung, Umsetzung). Was wird aber unternommen, um notwendiges Personal zu gewinnen? Möglich wären ja bessere Arbeitsbedingung und Bezahlung des städtischen Personals.
- Als Lösung werden oft PPP-Projekte angepriesen, die aber zu höheren Kosten führen und keine Lösung zur stadtweiten Behebung des Sanierungsbedarfs darstellen. Die Stadt gibt hier (wie auch bei anderen Ausgliederungen) ihre Handlungsmöglichkeiten aus der Hand.

Dies sind aus unserer Sicht die Probleme, die in Frankfurt grundlegend und dringend angegangen werden müssen, damit unsere berechtigten gewerkschaftlichen Anliegen an die Stadt zum Wohl der Bevölkerung umgesetzt werden können:

- Zügige, aber auch nachhaltige Sanierung der Frankfurter Bildungseinrichtungen.
- Mehr Schulsozialarbeit, bessere Essensversorgung und bessere Reinigung (beides kann am besten durch Rekommunalisierung erreicht werden) in den Bildungseinrichtungen.
- Mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus benachteiligenden Verhältnissen, aber auch die bestmögliche Förderung *aller* Kinder und Jugendlichen auf einem zeitgemäßen Niveau. Weitere Verbesserung der IT-Ausstattung, ausreichendes Personal für einen professionellen Support.
- Damit Mieten in Frankfurt überhaupt wieder bezahlbar werden, muss deutlich mehr geförderter Wohnraum entstehen. Auch hier herrscht weiter Stillstand.

Wir stellen fest, dass all diese wichtigen Themen in den letzten Monaten nicht mehr diskutiert und in den Hintergrund verdrängt worden sind, obwohl diese Themen in Feldmann einen starken Unterstützer haben. Dies ist aber die Aufgabe, für die die Stadtverordnete und auch der Oberbürgermeister gewählt wurden.

Die GEW äußert sich zu den erhobenen Rücktrittsforderungen nicht, sondern wird die benannten wichtigen Inhalte wieder in die öffentliche Diskussion bringen. Wir vertreten dabei klar unsere bisherigen inhaltlichen Positionen.

Wir fordern alle Fraktionen im Römer auf, sich mit der gleichen Intensität um die Lösung dieser dringenden Probleme zu kümmern, die die Mehrheit der Frankfurter unmittelbar in ihrem Leben betreffen, statt sich weiter mit Abwahl oder Rücktritt des OB zu beschäftigen.

GEW BVo-Beschluss vom 31. Mai 2022

Feier zum 20. Jahrestag der Verhinderung von „Cross-Border-Leasing“ der Frankfurter U-Bahn 2003

Die BDV unterstützt den Vorschlag zur Feier des 20. Jahrestags der Verhinderung eines Finanzdesasters für die Stadt Frankfurt am Main durch Verhinderung des „Cross-Border-Leasings“ der Frankfurter U-Bahn 2003

Am 7. Juni 2003 beschloss der Magistrat das Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen bei Stimmenthaltung der SPD.

Am 18. September 2003, also 3 Monate, 11 Tage und 47.556 Unterschriften unter ein Bürgerbegehren später erfolgte das Nein der Stadtverordnetenversammlung.

Ein außerparlamentarisches Bündnis »Rettet die U-Bahn« mit dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der PDS u.a. hat in kurzer Zeit über 47.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren zur Verhinderung des U-Bahn-Deals gesammelt.

Damit wurde der Stadt Frankfurt ein finanzielles Desaster wie in anderen Städten erspart.

2023 soll anlässlich des 175. Jahrestages der Gründung des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche ein Festjahr sein, für das dem Frankfurter Magistrat 3,5 Millionen Euro bewilligt wurden. Alle sprechen von Demokratie. Aber kaum jemand erwähnt die Schwierigkeiten, komplexe ökonomische Sachverhalte so aufzuklären, dass eine kritische Öffentlichkeit entsteht und es BürgerInnen ermöglicht wird, sich eine fundierte Meinung in angemessener Zeit zu bilden und sie auch in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen.

Schaffen wir deshalb eine Erinnerungskultur auch für Erfolge der kritischen Basisbewegung, die der Stadt erhebliche Nachteile erspart hat.

Deshalb bereiten wir dieses Fest vor und knüpfen dabei an die Aussage des noch amtierenden OB Peter Feldmann an, „Frankfurt zum „Davos für Demokratie“ machen – wo nicht Wirtschaftslenker, sondern Freiheitsdenker im Mittelpunkt stehen“.

GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina. avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkersheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Franciszczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.franciszczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramaschule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Gülegen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttmann@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodel-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodel-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Kolb-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergiusschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de

Gesamtpersonalratsbüro gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de oder 069-38989185
Stuttgarter Straße 18–24, 60329 Frankfurt

Zuständigkeiten

Vorsitzendenteam Meike Bär und Sebastian Guttmann

Arbeits- und Gesundheitsschutz Meike Bär und Heide Krodel-Johne

Fragen von Tarifbeschäftigten Bine Friedrich und Heide Krodel-Johne

Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen

Berufliche Schulen:	Susanne Hüttig	*Grundschulen:*	Heidi Franciszczok und Laura Preusker
Gesamtschulen:	Katja Weber	*Gymnasien:*	Christina Avellini
Haupt- u. Realschulen:	Katja Weber	*Sonderpädagogik:*	Sebastian Guttmann

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-mail: **info@gew-frankfurt.de**
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam Sebastian Guttmann, Laura Preusker
FLZ-Team Jessica Peters, Herbert Storn
Rechtsberatung Sandra Linnemann, Daniel Gnida und Judith Werner montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069–13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.
Satz & Layout Karin Dienst, Christian Häussler
Druck ORD – Oberhessische Rollen-Druck GmbH
Auflage ca. 5000
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
Redaktionsschluss Nr. 3-22: *siehe homepage*

Nachrichten aus dem

Umbenennung

In Abstimmung mit dem Hauptpersonalrat und den anderen hessischen Gesamtpersonalräten hat sich der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer umbenannt. Der neue Name lautet jetzt Gesamtpersonalrat Schule (am Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main). Der Grund dafür ist, dass inzwischen deutlich mehr Personen an Schulen arbeiten, die nicht als Lehrkräfte tätig sind (beispielsweise Sozialpädagogische Fachkräfte, UBUS-Kräfte, Schulgesundheitsfachkräfte...), aber dennoch von uns personalvertretungsrechtlich vertreten werden. Wir halten es im Zuge dieser Entwicklung für wichtig, auch diese Beschäftigtengruppen in unsere Namensgebung mit einzubeziehen. Ansonsten ändert sich aber nichts – wir setzen uns weiter für alle voll ein!

Dienstliche Mailadressen – Dienstliche Endgeräte

Leider hat sich auf der formalen Ebene nicht viel geändert. Wir betonen weiterhin, dass der Arbeitgeber nicht die Benutzung privater Endgeräte anweisen darf, und insofern an vielen Stellen eine sinnvolle Nutzung der dienstlichen Mailadressen nicht möglich ist. Aus diesem Grund gilt auch das, was wir in der Dienstvereinbarung Elektronische Kommunikation vereinbart wurde: Wenn die technischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, darf niemand zur Nutzung gezwungen werden. Es muss immer alternative Kommunikationswege geben, sodass alle Kolleg*innen über den gleichen Informationsstand verfügen.

Luftfilter

Nach und nach werden die Klassen 1–6 an Frankfurter Schulen jetzt mit Luftfiltergeräten ausgestattet. Da die Stadt wohl leistungsstarke, aber deshalb auch sehr große Geräte angeschafft hat, verläuft die Aufstellung nicht ganz unkompliziert und sollte auf jeden Fall von Schulleitung und Personalrat begleitet werden. Die Beteiligung des Personalrats ergibt sich aus § 74 und 76 (HPVG). Auch wenn die hier aufgeführten Maßnahmen vom Schulträger geleistet werden, hebt dies das Beteiligungsrecht nicht auf. Dies gilt übrigens auch für andere Maßnahmen, die im Bereich des Schulträgers liegen (beispielsweise elektronische Schließanlagen).

Dienstversammlungen

Und noch so ein immer wiederkehrendes Thema: Dienstversammlungen dürfen nur anlassbezogen und nicht regelmäßig abgehalten werden. Auf keinen Fall können auf solchen Versammlungen Abstimmungen stattfinden.

Hierfür gibt es Konferenzen, deren Zusammensetzung und Ablauf im Schulgesetz und der Konferenzordnung geregelt sind.

An dieser Stelle noch etwas zu Fachkonferenzen: Unterrichtet man ein Fach aktuell nicht, muss man auch nicht an den entsprechenden Fachkonferenzen teilnehmen.

Gesamtkonferenz in den Sommerferien

Da wir wieder einmal Rückmeldungen aus Schulen bekommen haben, haben wir (wie auch vor den letzten Sommerferien) uns noch einmal mit dem Amt über die Terminierung der Gesamtkonferenz in der letzten Ferienwoche unterhalten. Es besteht Einigkeit mit dem Staatlichen Schulamt, dass diese Konferenzen am Freitag in der letzten Ferienwoche stattfinden müssen. Eine entsprechende Mitteilung ging auch im letzten Jahr an die Schulleitungen.

Abordnungen Gymnasium an Grundschulen

In Frankfurt werden eine große Menge Gymnasiallehrkräfte mit einem Teil ihrer Stunden an eine Grundschule abgeordnet. Viele davon haben sich mit ihrer Einstellung verpflichtet, dies für einen Zeitraum von vier Jahren zu machen. Im Gespräch mit den Schulpersonalräten zeigt sich immer wieder, dass diese Kolleg*innen hohen Belastungen ausgesetzt sind und auch für die beteiligten Schulen zusätzliche Problemstellungen entstehen. Wir thematisieren dies immer wieder in unseren Sitzungen und versuchen, Verbesserungen zu erreichen. Da viele dieser Belastungen aber strukturell bedingt sind (Einsatz von Berufsanfänger*innen in zwei sehr unterschiedlichen Schulen), ist dies nicht ganz einfach. Ein Teil der Schwierigkeiten kann schon bei einer Anwendung der Verfügung zur Teilzeit vermindert werden. Dies ist schon deshalb geboten, weil die Kolleg*innen an zwei Schulen als Teilzeitkraft arbeiten.

Teilzeit

Die derzeit geltende Teilzeitverfügung ist schon etwas in die Jahre gekommen. Deshalb streben wir an, diese zu überarbeiten und auf dieser Grundlage eine Dienstvereinbarung zur Umsetzung von Teilzeit an Schulen abzuschließen. Wenn ihr Anregungen hierfür habt, könnt ihr sie uns gerne mitteilen.

Überlastungsanzeigen

Immer wieder haben wir mit dem Amt ausführlich über den Umgang mit Überlastungsanzeigen gesprochen. Derzeit stellen wieder vermehrt Schulen und auch einzelne Kolleg*innen Anzeigen. Die Arbeitsbelastung aus den letzten zwei Jahren steckt allen noch in den Knochen und reißt nicht ab, hinzu kommt die Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder, die immer noch hohen Inzidenzen mit gleichzeitig fallenden Schutzmaßnahmen, hohe Krankenstände – das führt zu noch weiter eskalierender Belastung in den Schulen. Dazu kommen die „klassischen" Belastungen, denen wir in Frankfurt seit Jahren besonders ausgesetzt sind (stetig wachsende Schüler*innenzahl, Raumnot, marode Gebäude, Lehrerkräftemangel), und die auch schon vor Corona zu Überlastungsanzeigen geführt haben.

Leider scheint die Anzeige dieser Belastungen, die das Recht und auch die Pflicht eines/einer Beschäf-

Gesamtpersonalrat Schule

tigten ist, vor Ort in Einzelfällen zu überbordenden Reaktionen zu führen: wir finden es z.B. nicht hilfreich, wenn Schulleitungen nur kurze Fristen zu Stellungnahmen eingeräumt werden bei solchen hoch komplexen Anzeigen, dies haben wir auch kommuniziert. Es gibt im Schulamt eine klare Vorgehensweise zum Thema Überlastungsanzeige: die Schulleitung wird natürlich aufgefordert, Stellung zu nehmen; das ist auch in der Sache logisch, das Amt muss ja wissen, wie der Informationsstand der Schulleitung ist und ob sie schon Abhilfe versucht hat. Das kann unserer Meinung nach aber nicht so passieren, dass Schulleitungen dies sehr kurzfristig tun müssen, denn die Belastung der Schulleitungen thematisieren wir ja auch sehr lange. Das weitere Vorgehen soll so sein, dass im Rahmen der Fürsorge Gespräche mit allen Seiten oder gemeinsam geführt werden sollen, und mit ernsthaftem Willen zur Abhilfe versucht wird, der Schule Wege zur Entlastung aufzuzeigen und aufzumachen, so wie es ja auch der ursprüngliche Sinn dieses Rechts zur Belastungsanzeige ist.

Auch aus einem weiteren Grund halten wir Überlastungsanzeigen für sinnvoll: Es macht die an den Schulen bestehenden Be- und Überlastungen für die Behörde sichtbar. Würden keine Überlastungsanzeigen mehr gestellt, könnte dies durchaus als Hinweis genommen werden, dass es keine Probleme mehr gebe.

Neue Entgeltordnung

Zum 1. 8. 22 gibt es nicht nur eine Gehaltserhöhung um 2,2 %, sondern es tritt für Tarifbeschäftigte die Entgeltordnung in Kraft, die den bisher gültigen Eingruppierungserlass ersetzt. Für viele Tarifbeschäftigte kommt es zu Verbesserungen, die bei bestehenden Verträgen aber nicht automatisch sondern nur auf Antrag angewendet werden. Da es sich um zum Teil komplexe Konstellationen handelt, raten wir zu einer Beratung durch die GEW (für Mitglieder).

Da in Zukunft bei Einstellungen die Eingruppierung nur noch nach der Entgeltordnung erfolgt, bietet die Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, lea, in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband Frankfurt eine Schulung für Personalräte an.

GEW-Fraktion
im Gesamtpersonalrat

lea gemeinnützige bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Gewerkschaft rziehung und Wissenschaft GEW Bezirksverband Frankfurt

Einladung // Save the Date

PR-Schulung:
Tarif und Entgeltordnung

Die Schulung ist eine Personalräteschulung nach § 40 Abs. 2 Satz 3 und § 93 Abs. 4 HPVG. Die Schulungskosten trägt das Land Hessen. Falls für die Teilnahme am Lehrgang eine Dienstreise nötig ist, hat der/die Personalratsvorsitzende diese nach § 42 Abs. 3 HPVG vorher dem/der Schulleiter*in anzuzeigen. Teilnehmer*innen benötigen für ihre Teilnahme einen Entsendebeschluss ihres Personalrates mit Hinweis auf den Veranstalter, den Inhalt sowie Datum und Ort der Schulung. Entsprechende Vordrucke erhalten Sie von der lea Bildungsgesellschaft im Vorfeld der Schulung.

Zielgruppe
Schulische Personalräte (insbesondere aus dem Schulamtsbezirk Franfurt) sowie Personalräte aus GPRLL & HPRLL

Referent*innen
Kathrin Kummer, Referentin der Rechtsstelle der GEW Hessen
Rüdiger Bröhling, Referent Tarif und Besoldung der GEW Hessen

Mittwoch, 28. 9. 2022 | 9:00 bis 16:00 | Frankfurt am Main

Anmeldung
über lea-bildungsgesellschaft, gemeinnütziges Bildungswerk der GEW-Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, www.lea-bildung.de
Tel. 069 - 971 293 27 · Fax 069 - 971 293 97 · E-Mail anmeldung@lea-bildung.de

Entgelt PR
(zahlt Land Hessen) EUR 165; Für Personalräte ist die Teilnahme entgeltfrei.

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Beschulung von Geflüchteten aus der Ukraine

Die Erörterungen hierzu gestalteten sich äußerst schwierig. Konkrete Aussagen zur Planung und zur Umsetzung vor Ort gab es bruchstückhaft und mit zeitlicher Verzögerung.

Daten vom 10. 6. 2022: ukrainische SuS gesamt:11673; SuS in I-Klassen 10387; SuS in I-Kursen: 1276; Einstellungen ukrainischer Lehrkräfte: 137; Einstellungen ukrainischer Lehrkräfte für „Sprach- und Kulturvermittlung“: 40.

Scharf kritisiert hat der HPRS die Erhöhung des Klassenteilers in der Sek.I und im beruflichen Bereich bei Intensivklassen, da sie zu erheblicher Mehrbelastung der Unterrichtenden führt. Das HKM führt zur Begründung den Lehrkräftemangel und die Raumnot an. Die durchschnittliche Intensivklassengröße beziffert das HKM auf derzeit 14,8.

Erneut hat der HPRS im Zusammenhang mit dem Lehrkräftemangel darauf hingewiesen, dass knapp 1400 gymnasiale und knapp 400 voll ausgebildete H/R-Lehrkräfte auf der Rangliste stehen und somit auf eine Einstellung warten. Statt auf Lehrkräfte in Pension und den Appell zur Aufstockung bei Teilzeit zu setzen, fordert der HPRS die Einstellung dieser Lehrkräfte auf der Rangliste.

Kritisiert hat der HPRS, dass Schulleitungen aufgefordert werden, die neu eingestellten, ukrainischen Lehrkräfte „ausführlich über relevante Rechtsvorschriften“ zu informieren. Einerseits ist dies eine zusätzliche Aufgabe, die auf das gesamte Kollegium einer Schule zukommt, andererseits ist nicht ersichtlich, warum es hierfür keine landesweit organisierten Informationsveranstaltungen gibt. Gerade bei Grundlagen des hessischen Schulrechtes könne es nicht sein, dass jede Schulleitung Einzeleinführungen vornehmen müsse. Das HKM erklärt hierzu, dass eine zentrale Informationsveranstaltung am Ende des Schuljahres bereits angedacht sei.

„Endgeräte-Richtlinie Schule“

Deutlich über ein Jahr nach Ausgabe der Leihgeräte legt das HKM nun den Entwurf einer Richtlinie zur Nutzung vor. Darin findet sich der Passus, dass die Geräte „vorrangig zur Nutzung bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung des Unterrichts“ gedacht seien, Verwaltungsaufgaben „können ebenfalls mit dem Gerät bearbeitet werden.“ In der Erörterung schränkte das HKM ein, dass personenbezogene Daten (Noten, Förderpläne etc.) nicht mit dem Leihgerät verarbeitet werden dürften. Welche Verwaltungsaufgaben dann überhaupt mit dem Gerät erledigt werden sollen, bleibt somit etwas rätselhaft. Haftungsfragen thematisiert die Richtlinie nicht.

Der Forderung des HPRS, diese Fragen aufzunehmen, um Unklarheiten und Rückfragen vorzubeugen, gerade angesichts der dies bezüglichen Formulierungen im lange Zeit verwendeten Musterleihvertrag, will das HKM nachkommen.

Einheitlicher Schulzugang (ESZ) / Schul-ID Hessen

Dem HPRS liegt der umfangreiche Schriftwechsel zwischen dem HBDI und dem HKM vor. Darin wird deutlich, dass der HBDI, genau wie der HPRS in seinen Erörterungen vor Monaten, die Nutzung des Microsoft-Produktes „Azure“ kritisch sieht. Unter Auflagen duldet der HBDI die Nutzung von MS Azure für eine Übergangszeit, bis die Migration des Hosts in eine andere Umgebung erfolgt ist, die dem Schrems II-Urteil genügt, also vor Zugriffen von Unternehmen und Behörden, die nicht der DSGVO unterworfen sind, geschützt ist. Den Auflagen des HBDI schließt sich der HPRS an.

Diese sind im Einzelnen: Lehrkräfte und soz.päd. Fachkräfte werden über die Übertragung von Telemetrie-Daten an MS-Azure in geeigneter Weise informiert und erhalten Informationen zur datenschutzkonformen Konfiguration ihrer Endgeräte.

Die Nutzung des „einheitlichen Schulzuganges“ während des Übergangszeitraumes erfolgt für die Lehrkräfte und soz.päd. Fachkräfte auf freiwilliger Basis.

Für den Übergangszeitraum werden alternative (bestehende) elektronische Zugangswege offengehalten.

Die gesamte diesbezügliche Kommunikationsstrategie des HKM lässt dem Datenschutz besondere Bedeutung zukommen.

Als erstes Projekt soll ab dem kommenden Schuljahr die dienstliche E-Mail-Adresse über den ESZ erreichbar sein. Hierbei hofft das HKM auf einen komfortableren und besseren Zugang als beim bisherigen Verfahren.

Gespräch mit dem Datenschutzbeauftragten, Herrn Sobota

Dieses Gespräch war eigentlich bereits vor Monaten geplant, musste jedoch coronabedingt mehrfach verschoben werden. Darum stammten auch viele Fragestellungen aus Vorgängen, die lange zurückliegen, an ihrer Aktualität hat das jedoch kaum etwas verändert.

Das Wichtigste zuerst: Der Hessische Datenschutzbeauftragte ist erneut „umgefallen“; ein Phänomen, das in Bezug auf Microsoft 365 bereits vor Jahren zu beobachten war. Der politische und wirtschaftliche Druck hat also erneut Wirkung gezeigt. Diesmal bezieht sich dies konkret auf das Auslaufen der Duldung des Videokonferenzsystems MS Teams. Zwar wird nach wie vor proklamiert, dass die „Duldung“ sämtlicher VKS, inklusive MS Teams, zum 31. 7. 2021 ausläuft. Jedoch tritt nun ein „Transformationszeitraum“ neu hinzu, der bis zum 31. 1. 2022 laufen soll. In dieser Zeit können sämtliche VKS weiterhin genutzt werden, eventuell soll allenfalls noch eine Begründung der Schulen gefordert werden, warum das VKS weiterhin genutzt wird. Der „Transformationszeitraum“, im Sinne einer „Migration“ auf ein anderes System, geht sogar über die Forderung des HKM hinaus, die in den letzten Wochen medial mehrfach platziert wurde; dort wurde eine Verlängerung nur bis zum Ende des Jahres gefordert. Zudem hat der Datenschutzbeauftragte geäußert, dass die Situation zu den jeweiligen Zeitpunkten immer „neu bewertet werden muss“, was theoretisch selbst das Datum 31. 1. 2022 infrage stellt. Der Grundsatz sei, dass eine Alternative zu den gängigen Produkten am Markt sein müsse. Dies kann auch ein Hinweis darauf sein, dass mittlerweile auch auf der Ebene des HKM nicht mehr damit gerechnet wird, zu Beginn des kommenden Schuljahres ein voll funktionsfähiges Schulportal inklusive VKS bereitstellen zu können.

Nachzulesen ist die neue Position des Datenschutzbeauftragten in seiner Stellungnahme vom 14. 6. 2021:

https://datenschutz.hessen.de/datenschutz/hochschulen-schulen-und-archive/klarstellung-zums-teams-und-dem-auslaufen-der-duldung

Darin enthalten ist auch die Differenzierung zwischen Funktionen von MS Teams (VKS und anderes).

Grundsätzlich betont der Datenschutzbeauftragte, dass eine „lokale Nutzung“ aller Teilprodukte von Office 365 unbedenklich ist, Datenschutzprobleme würden sich erst über die Nutzung der cloud ergeben. Er führt jedoch weiter aus, dass auch die cloud nutzbar werden könnte, wenn Microsoft seine Ankündigung realisiere, wesentliche Teile der Datenverarbeitung in die EU zu verlagern und die Zugriffsrechte des US-Unternehmens in die EU geklärt werden.

Bezüglich der datenschutzrechtlich besonders relevanten Änderungen des HSchG (§ 83a und b) und der gleichzeitig eingebrachten Verordnung zu Videokonferenzsystemen (VKSV) erklärt der Datenschutzbeauftragte, dass er beim Zustandekommen dieser Regelungen nicht beteiligt worden ist. Dies ist für den HPRLL durchaus brisant, da das HKM ihm gegenüber mehrfach betont hatte, dass alle Regelungen zu VKS in enger Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten erfolgt seien.

Zur Frage, ob das „Einschalten“ in VKS (§ 2 (4) VKSV) bereits eine Einwilligung in die Datenübertragung signalisieren könne, antwortet der Datenschutzbeauftragte, dass er dies bezweifle. Grundsätzlich artikuliert er seine Zweifel daran, dass die neuen Regelungen des HSchG und der VKSV einer datenschutzrechtlichen Prüfung standhalten würden, sofern sie in einem Verfahren geprüft würden.

Mittlerweile gibt es ein entsprechendes Schreiben des HKM an alle Schulen, in dem mehr oder weniger die Inhalte dieses Gesprächs wiedergegeben werden.

Schulportal Hessen

Der HPRLL hat noch immer keine Unterlagen zum Schulportal erhalten, obwohl sie für die Sitzung am 17. 6. angekündigt waren. Gleiches gilt für den Datenschutzbeauftragten Hessen. Dieser erläutert, dass er große Hoffnungen in das „open-source-basierte Unterfangen“ setzt, jedoch auch zwei Monate zur Prüfung benötige, die nur eine punktuelle Prüfung sein könne, welche wesentlich das „Identitätsmanagement“ fokussiere.

Da das HKM dem HPRLL noch immer keine Unterlagen vorlegen kann, und die vorgelagerte Prüfung des Datenschutzbeauftragten ebenso aussteht, wird der Start des Schulportals in seiner vollen Funktionalität, einschließlich VKS, zum kommenden Schuljahr kaum zu realisieren sein.

Melanie Hartert

Digitaler ist noch nicht besser

Bericht von einer Veranstaltung des Club Voltaire am 2. Juni 2022 mit Prof. Tim Engartner und Dirk Kretschmer

So erfreulich es ist, dass die Zeiten des Corona-Lernens das E-Learning beschleunigen, so groß die darin liegenden Gefahren. Nicht nur, dass der Einfluss der auf Aufträge hoffenden Tech-Konzerne steigt. Ein 5,5 Milliarden Euro schwerer „Digitalpakt Schule" löst noch keines der durch Corona nur noch stärker zu Tage getretenen Probleme unseres Bildungssystems wie Unterfinanzierung, marode Gebäude, zu große Klassen, Verschärfung sozialer Ungerechtigkeiten, fehlende Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, mangelnde Personalausstattung der Schulen usw. Und steigt die Lese- und Schreibkompetenz, wenn das Schulbuch gegen ein Tablet getauscht wird oder ist vielmehr das Whiteboard nur methodisches Werkzeug wie Tafel und Kreide? Wie kann die Vermittlung digitaler Mündigkeit an die Schülerinnen und Schüler gelingen? Oder wie kann die Nutzung digitaler Tools, statt einer weiteren Verdichtung des Arbeitsalltags der Lehrkräfte voranzutreiben, die Lehrkräfte stattdessen entlasten? Soweit der Ankündigungstext.

Tim Engartner

Professor für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomische Bildung an der Uni Köln, vormals JWG-Uni Frankfurt ,und Verfasser eines Dossiers der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Ökonomisierung schulischer Bildung. Analysen und Alternativen"

Die Digitalisierung der Schulen sei bislang eher von ökonomischen Interessen als von pädagogischen Konzepten geprägt gewesen, weshalb abzuwarten bleibe, ob der Milliarden Euro schwere ‚Digital-Pakt Schule' Lehrenden und Lernenden das Lehren und Lernen wirklich erleichtern wird, sagt Tim Engartner.

Und weiter: „Ich sehe die Gefahr, dass die Digitalisierung der Bildungswelten zum weit geöffneten Einfallstor für Unternehmensinteressen wird, weil die rechtlichen Rahmenbedingungen seitens der zuständigen Ministerien fehlen." Denn die Ökonomisierung schulischer Bildung gehe mittlerweile weit über das private Sponsoring von Schulfesten oder die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien durch Unternehmen hinaus. Mindestens zwei Dutzend unternehmensnahe Schulbuchverlage, Stiftungen und Verbände bieten Lehrerfort- und -weiterbildungen an. Diese sind oft mehrtägig und im Gegensatz zu Angeboten zum Beispiel von Hochschulen und Ministerien vielfach kostenlos. Längst beschränkt sich der Einfluss von BASF und Bayer, Deutscher Bank und Deutscher Börse oder BMW und Daimler nicht mehr nur auf Geld- und Sachspenden; vielmehr stellen die Produktion und Distribution von Unterrichtsmaterialien für Unternehmen ein wesentliches Vehikel dar, um die Vor- und Einstellungen Heranwachsender zu beeinflussen. 26 im Deutschen Aktienindex (DAX) notierten Unternehmen vertreiben inzwischen Unterrichtsmaterialien. Nur 13 von 16 Bundesländern prüfen Schulbücher intensiv. Diese Prüfung fällt bei digitalen Angeboten komplett weg. Dazu kommt, dass jede zweite PoWi-Lehrkraft in der Sekundarstufe I sachfremd unterrichtet. Das regt die KultusministerInnen gar nicht mehr auf.

Denn Bildung sei ein hartes Geschäft. Und die Praktiken in den USA lassen vermuten, dass diese

Photo by zhang kaiyv on Unsplash

Die „Big Five", die fünf großen Digitalkonzerne Amazon, Apple, Facebook, Google und Microsoft, drängen mit großem Nachdruck in die Schulen um dort ihre Produkte zu vermarkten.

Konzerne die fünf Milliarden Euro des Bundes sowie die mindestens 500 Millionen Euro der Länder in den kommenden fünf Jahren auch nutzen werden, um ihre Hard- und Software im Paket mit Fortbildungen, Lernplattformen und Unterrichtskonzepten anzubieten.

Google, Apple, Microsoft und Samsung hätten vergleichsweise wenig Widerstände auf dem Weg in die Klassenzimmer zu überwinden, während zum Beispiel der von Amazon angebotene «Kindle Storyteller Kids»-Schreibwettbewerb in einigen Bundesländern verboten wurde.

Nahezu unbemerkt von der medialen Öffentlichkeit wartet inzwischen eine Vielzahl unternehmensnaher Stiftungen mit Lehrerfort- und -weiterbildungen auf, die mit den Angeboten von Hochschulen, Ministerien und ihnen nachgeordneten Einrichtungen konkurrieren. Wenigstens zwei Dutzend Schulbuchverlage, Stiftungen und Verbände – darunter der Bundesverband deutscher Banken, der Verband der Chemischen Industrie, aber auch die Wissensfabrik als Zusammenschluss von mehr als 140 Unternehmen – halten Weiterbildungsmöglichkeiten vor. Ausgehöhlt wird das staatliche Schulsystem überdies durch den wachsenden «Bildungsmarkt» der Nachhilfeinstitute, deren Wirkmächtigkeit sich daran ablesen lässt, dass inzwischen jedes vierte schulpflichtige Kind Nachhilfe erhält.

Deep lobbying

Das von Unternehmen, Stiftungen und «Bildungsinitiativen» praktizierte deep lobbying zielt auf das Konsum-, Freizeit- und Wahlverhalten der Lernenden. Eine wachsende Zahl vormals schulfremder Akteure bemüht sich aus- und nachdrücklich darum, Einfluss auf «Einstellungen oder Stimmungen in der Gesellschaft [zu nehmen], […] um so indirekt die Politik zu beeinflussen » (Kamella 2015: 45).

Die Lobby-Gruppe *Neue Soziale Marktwirtschaft* „löst" soziale Probleme durch Uniformierung.

Es dürfe aber nicht zugelassen werden, dass Schule Weltbilder liefern. Eine besondere Ausprägung davon seien die ‚Apple Teacher'. Es gebe sogar einen ‚Apple-Botschafter' im Bildungsrat.

Deshalb die Forderung: Kein Einsatz von interessengeleiteten Einsätzen von Externen im Unterricht; kritische Reflexion sei umso wichtiger. ‚Mr. Wissen to go' entwerte außerdem die Position der Lehrkräfte.

Des Weiteren wird das IT-Wartungsproblem häufig dadurch gelöst, dass diese durch die Unternehmen erfolgen. Damit bestehe die Gefahr des Datenklaus.

Und nicht nur nebenbei: IT ist nicht ohne Energie zu betreiben und verschlingt wachsende Mengen an Strom; die boomenden Rechenzentren legen davon Zeugnis ab. Dieser Widerspruch zu ökologischen Erfordernissen werde wenig beachtet und thematisiert.

Ein weiteres Problem sei die mangelnde Bildungsgerechtigkeit. Die in unserem Schulsystem angelegte Verfestigung sozialer Ungleichheiten verschärft sich in Krisenzeiten. Wird das Klassenzimmer digital aufgerüstet, fehlen gerade Kindern aus sozial benachteiligten und migrantischen Familien die grundlegenden Voraussetzungen für ‚Homeschooling'. Das zeigt sich übrigens empirisch an der Quote der Schulabgänger*innen ohne Abschluss. Denn diese ist seit dem ‚Bildungsgipfel' im Jahr 2008 (mit dem Ziel, diese Quote von damals 7,4 Prozent auf vier Prozent bis zum Jahr 2015 zu halbieren) zwar vorübergehend gesunken, aber bis 2019 wieder auf 6,8 Prozentangestiegen, das heißt, beim Ausgangswert geblieben! Er sehe durchaus auch die Chancen: „Bei einer entsprechenden Grundausstattung für alle schafft die Digitalisierung aber auch völlig neue Möglichkeiten für die Aneignung von Wissen und die Gestaltung von Kommunikation."

Ein weiterer Aspekt der Arbeit mit IT: 3 Stunden und 25 Minuten verbringen Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren täglich vor dem Bildschirm. Das sei eine Verdoppelung in 10 Jahren. Die direkten Kontakte zu anderen Personen hätten sich nach einer Studie für die USA halbiert. Für die tägliche Kommunikation blieben nur noch 7 Minuten (statistisch). Auf Präsenz könne deshalb nicht verzichtet werden: Mimik und emotionale Kompetenz seien wichtig, Solipsismus drohe als Gefahr.

*

Dirk Kretschmer

Personalrat, Bezirksgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) BV Frankfurt, unterrichtet Politik und Wirtschaft sowie Physik an einem Oberstufengymnasium in Frankfurt

Dass die digitale Modernisierung der Schulen bislang, wenn sie denn stattfindet, oft den Big Five die Türen in die Schulen öffnet, sei ein logisches Ergebnis der Sparpolitik der letzten Jahrzehnte. Viele Schulen verfügten vor der Pandemie über eine Medieninfrastruktur, die dem Stand der 1990er Jahre mit ein paar Beamern an der Decke noch nicht wirklich entkommen war. Die finanziellen Mittel der Kommune seien beschränkt, und so hinge es oft vom schulischen Förderverein ab, ob eine Annäherung ans 21. Jahrhundert mehr oder weniger gelungen sei. Und da die Investitionsfähigkeit der Fördervereine vom Einkommen der Elternschaft einer Schule abhingen, schlage auch hier wieder einmal der Klassencharakter des deutschen Schulsystem in all seiner sozialen Kälte zu.

Was die Wartung der digitalen Infrastruktur angehe, hinge die vom IT-Knowhow und dem Willen zur gesteigerten Selbstausbeutung im Kollegium ab. In der Privatwirtschaft würden 3,5 Vollzeitarbeitskräfte zur Wartung von 100 Rechnern veranschlagt, in den Schulen sollten das die Kolleg*innen nebenbei erledigen.

Die Medienkompetenz sei je nach Neigung und Lebenslauf bei den Lehrkräften recht unterschiedlich ausgeprägt. Denn auch wenn das Fortbildungsangebot handver-

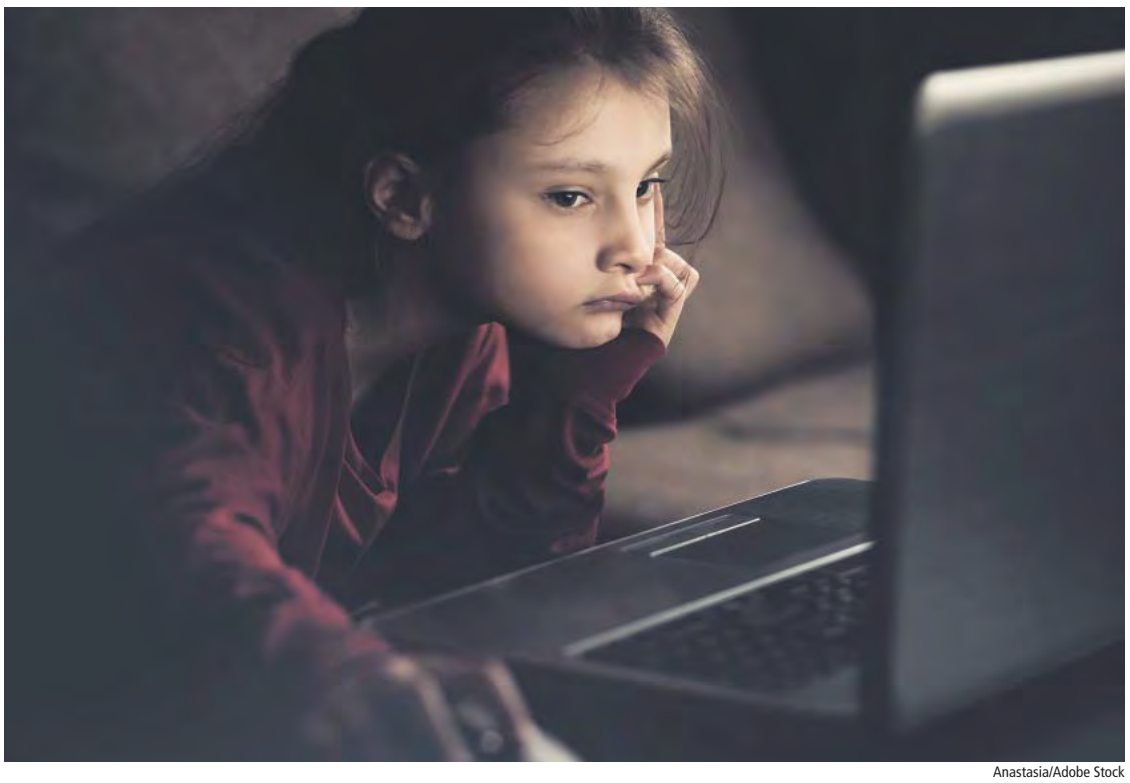
lesen durchaus gut ausfallen könne, bestehe das Hauptproblem in der weitestgehenden Abwesenheit von digitaler Didaktik und vor allem einer informationellen Aufklärung in der Lehrer*innenausbildung.

Mit der Pandemie und der (Teil-) Schließung der Schulen habe ein fragmentarischer Modernisierungsschub eingesetzt. Dazu gehöre vor allem die Einführung von Videokonferenzsystemen und Lernplattformen, die oft mit heißer Nadel vollzogen worden seien. Ergebnis sei dann häufig der Griff zu Microsoft-Teams und anderer kommerzieller, proprietärer Software gewesen. Was für die Büro-Organisation von Unternehmen tauge, erfülle aber noch lange nicht die Erfordernisse einer Lernplattform. Hinzu komme der Fakt, dass proprietäre Software stets einer Black Box gleicht, deren Funktionsweise nicht überprüfbar ist. Und obwohl es hinlänglich bekannt sei, dass Microsoft & Co vor allem an der Auswertung der User-Daten interessiert sind, wurde deren Duldung durch den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (HBDI) eins ums andere Mal verlängert.

Dies hinge wiederum unmittelbar mit den knappen Ressourcen und Personal des Schulportal Hessen (SPH) zusammen. Das SPH sei über Jahre aus der guten Arbeit der Lehrkräfteakademie entstanden und ein echter Glücksfall für das Land Hessen. Denn hier entwickelten Lehrkräfte für Lehrkräfte eine echte Lernplattform und böten dazu auch Fortbildungen an, in denen es nur am Rande um digitale Tools gehe, sondern vielmehr um die Erweiterung unserer Berufsperspektive um die des Lerncoaches. So hätten sich die Schulen glücklich schätzen können, die sich bereits vor der Pandemie für die Nutzung des SPH entschieden hatten; auch wenn die plötzliche Umstellung auf ‚Homeschooling' die Server des SPH nicht selten in die Knie gezwungen hätten.

Für diesen unvorhersehbaren Fernunterricht hätten Kolleg*innen von kreativen Online-Lehrlernformaten aus dem Home-Office bis zur banalen Arbeitsblattschleuder via Emailverteiler alles Erdenkliche versucht.

Auf der Seite der älteren Schüler*innen habe es einen förmlichen iPad-Schub gegeben. Da sich längst nicht alle Eltern ein solches Gerät oder gleich mehrere für ihre Kinder leisten könnten, verstärke dies die soziale Schieflage durch diesen ungesteuerten ‚Bring Your Own Device'-Ansatz. Zumindest in Frankfurt, soweit sich das aus Kretschmers Praxis überblicken lasse, könne der antisoziale Effekt von ‚BYOD' dank Laptop-Wagen zumindest in der Schule abgefedert werden. Im häuslichen Umfeld bleibe die Hardware-Frage eine Klassenfrage.



Anastasia/Adobe Stock

Hardware für Lehrkräfte sei zwar weniger ein finanzielles als vor allem ein Problem eines seriösen Umgangs mit zum Teil sensiblen persönlichen Daten. Abhilfe könne hier nur ein dienstliches Endgerät schaffen, dass entsprechend aufgesetzt und gewartet für die nötige IT-Sicherheit sorge.

Die vom Bund angeschobenen Corona-Geräte schließen diese Lücke nur bedingt. Denn diese Geräte seien mit ihrer Einschränkung auf unterrichtliche Zwecke und nicht individualisiert zugelassen keine ausreichenden Arbeitsgeräte für die Lehrkräfte. Sozialpädagogische Fachkräfte seien zudem gänzlich vom Gebrauch ausgeschlossen. Die rechtlichen Grauzonen blieben so erhalten und die Verschwendung von Hardware sei auch klimapolitisch ein echtes Ärgernis.

Jahrelang von GEW-Personalräten erstritten, sei schließlich das System der dienstlichen Emailadressen dann vom HKM durch hemdsärmelige Umsetzung schlecht bis gar nicht nutzbar.

Nach über zwei Jahren Pandemie stehe so einiges auf der Habenseite, aber neben den geschilderten halbgaren Lösungen fehle es nach wie vor an Vielem. So habe der WLAN-Ausbau in Frankfurt offenbar einen guten Schritt voran getan. Temporäre Zusammenbrüche des Internetzugangs seien zwar seltener geworden, gehörten aber immer noch zum Schulalltag. Das Videokonferenzsystem des Landes solle laut Kultusministerium als „Meilenstein" im kommenden Schuljahr verfügbar sein – der Prozess laufe dann seit zwei Jahren. Eben solange lasse das umfassende Datenschutz- und Rechtekonzept fürs SPH auf sich warten, während die Nutzung an einigen Schulen bereits vorangeschritten sei. Ende dieser Zustände im Graubereich des Datenschutzes? Offen! Das Problem der Wartung habe derweil eher zu als abgenommen. Eine nachhaltige Lösung jenseits von Fernwartungsfantasien zeichneten sich noch nicht ab.

Tim Engartner erwidert:
Als positiv in Bezug auf den Einsatz von IT könne er sich Kooperationen bei der Fremdsprachendidaktik vorstellen. Ansonsten komme als weiteres Problem die digitale Demenz auf die Gesellschaft zu, wenn zunehmend auf Handschrift verzichtet würde. – Noch ein Hinweis auf die Ressourcen: Geld könne nur einmal ausgegeben werden. Insofern konkurriert die IT-Ausstattung immer mit der Forderung nach mehr Personal oder guten Schulgebäuden.

Dirk Kretschmer plädiert dafür, die Forderungen nicht gegeneinander zu stellen. Denn eine Abwesenheit von digitaler Infrastruktur und informationeller Bildung in den Schulen mache diese zum Privileg der gut Situierten. Zudem sei die rasante technische Entwicklung der Hardware längst Geschichte, wie wir sie rund ums Millennium erlebt haben. Mit guter Wartung könne Hardware langjährig genutzt werden. Die Angst vor digitaler Demenz lasse sich mit ausgewogenen pädagogischen Konzepten entkräften. Denn bei der Integration digitaler Medien in die Schulbildung kann und soll es nicht um die Abschaffung von Kulturtechniken wie dem Schreiben mit der Hand gehen.

Gute Bildung bleibe so auch mit digitaler Infrastruktur möglich. Sie müsse jedoch von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis weiter erstritten werden.

Dieser Bericht gibt nicht die Bandbreite der Veranstaltung wieder. Feedback ist jederzeit willkommen.

Herbert Storn

Pädagogik vor Profite

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Ökonomisierung schulischer Bildung. Analyse und Alternativen

In der Studie, die auch Anlass für die Veranstaltung war, gibt es noch viele andere Aspekte. Epochenbruch: Verwertbarkeit für Arbeitsmarkt wird zum leitenden Ziel.

Viele der mit dem Schlagwort ‚Ökonomisierung' zu überschreibenden Entwicklungen sind das Ergebnis eines Epochenbruchs in unserem Bildungsverständnis. Spätestens mit der flächendeckenden Einführung zentraler Lernstandserhebungen hat sich ein Bildungsverständnis Bahn gebrochen, das von Anwendbarkeit, Verwertbarkeit und Passfähigkeit gekennzeichnet ist (vgl. weiterführend Sander 2019). ‚Humboldt ade!' – so könnte die Kurzformel für den Abgesang auf eine Bildung lauten, die immer häufiger auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet ist. Dies zeigen die Debatte um die ‚Schulzeitverkürzung' nach den Vorgaben des achtjährigen Gymnasiums (G8), die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen im Zuge der sogenannten Bologna-Reform sowie die curriculare Aufwertung der auf Arbeitsmarktrelevanz zielenden Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen.

Als Ursachen können benannt werden:
Neben der chronischen Unterfinanzierung des Schulsystems die sinkende Aufmerksamkeitsspanne bei der Rezeption von Wissen aufseiten der Schüler*innen, die bis in das Bildungssystem hineinreichenden Lobbyaktivitäten von Unternehmen und arbeitgebernahen Initiativen, das in Eltern- und Schülerschaft gestiegene Bedürfnis nach einem stärkeren Praxisbezug der Bildungsinhalte sowie die Digitalisierung der jugendlichen Lebens- und Bildungswelten.

Ein verhängnisvoller Zirkelschluss: Der Staat kann es nicht, also sollen Prvate es richten – dafür wird der Staat skelettiert. (Bertelsmann-Gründer Mohn: Es ist gut, wenn dem Staat das Geld ausgeht) Und die Privaten bedienen je nach Zahlungsfähigkeiten, wie praktisch.

Einen zentralen Ausgangspunkt findet der verbreitete Wunsch nach «Vermarktlichung» in einer im Neoliberalismus als «politischer Zivilreligion» (Butterwegge 2002: 58) beheimateten Staatsskepsis, die dem Credo des ‚schlanken', man könnte auch sagen des «magersüchtigen » Staates folgt. So vertritt nur noch ein Drittel der Bundesbürger*innen (34 Prozent) die Auffassung, dass der Staat in der Lage sei, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, während 61 Prozent der Ansicht sind, dieser sei angesichts der Vielzahl seiner Aufgaben und Probleme überfordert (Forsa 2019: 7).3 Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund haben ökonomische Denk-, Handlungs- und Entscheidungslogiken inzwischen auch jenseits unseres Wirtschaftssystems massiv an Bedeutung gewonnen. Ihren Niederschlag findet die gesellschaftliche Ökonomisierung in der Trias aus «Vermarktlichung, Entrepreneurialisierung [und] Renditeorientierung» (Hedtke 2019: 3). Vormals für sakrosankt erklärte Gesellschaftsbereiche wie das Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystem sind zur Zielscheibe einzel- und gesamtwirtschaftlicher Interessen geworden.

Aspekte und Einsichten

31. März 2022

Der Krieg und die Sanktionspolitik werden Deutschland unter Umständen stärker treffen als dies bisher eingeschätzt wurde.

Nicht nur, aber auch die Rüstungsspirale und vor allem ihre grundgesetzliche Festlegung wird den Kampf für Sozialpolitik, für bessere Arbeits- und Bildungsbedingungen gewaltig erschweren. Die Folgen für Finanzspielräume sind noch nicht abzusehen. Und jede Krise treibt die soziale Spaltung weiter an.

Speziell die deutschen Gewerkschaften sind sehr stark auf die Tarifebene eingeschränkt und atmen den Geist der „Sozialpartnerschaft", ihre Unabhängigkeit ist begrenzt, ihre Einbindung in die jeweilige Politik ist ein Problem.

Ganz schwierig wird es, wenn das Kapitalverhältnis und sein Renditedruck angesprochen werden.

Deshalb wurde besprochen, welche Rolle die eigentlichen Akteure im „Wirtschaftskrieg" (Habeck), nämlich die global agierenden Konzerne, insbesondere die Finanzinstitute wie BlackRock, spielen – eine ebenso zentrale wie öffentlich ausgeblendete Rolle nämlich.

„Menschenrechte" und Demokratie wurden und werden immer wieder benutzt, um die tatsächlichen Interessen zu kaschieren. Trump hat auch die deutsche und europäische Wirtschaft schon oft genug sanktioniert, und der deutsche Chinahandel war mehr als einmal betroffen. Gleichzeitig wird jetzt Gas aus dem Menschen-Un-Rechtsstaat Katar bezogen. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Saudi-Arabien, die den kritischen Journalisten Khashoggi vermutlich durch den Fleischwolf gedreht haben, sind exzellent. Und um auf Afghanistan zurückzukommen, so waren es die USA, welche die Taliban gegen die Russen aufgerüstet haben usw.

Für die USA steht die unipolare Weltordnung mit dem Dollar als Leitwährung auf dem Spiel. Das ist heute unter Fachleuten unbestritten, wird aber von den meisten Medien nicht thematisiert

Man muss diese Einschätzung nicht teilen, es wäre aber nach Meinung der AG dringend notwendig, einige Narrative und gängige Erklärungsmuster in Frage zu stellen, darunter das folgende:

„Erster Angriffskrieg in Europa seit 1945"
quartalslüge I/MMXXII

Egils Levits, Präsident Lettlands, äußerte am 24. Februar: „Heute Morgen waren wir Zeugen eines Angriffsbefehls gegen einen unabhängigen Staat, und das ist zum ersten Mal seit dem 1. September 1939, als Deutschland den Angriffsbefehl gegen Polen gegeben hat, also zum ersten Mal ein Angriffskrieg in Europa." Das Redaktionsnetzwerk Deutschland ließ an Tag zwei des neuen Kriegs verlauten: „Den letzten Angriffskrieg in Europa brach das Deutsche Reich unter Hitler vom Zaun, mit seinem Überfall auf Polen am 1. September 1939." Seit dem 24. Februar ist dutzendfach in den sogenannten Qualitätsmedien und aus dem Mund prominenter Politikerinnen und Politiker zu hören und zu lesen: Am 24. Februar 2022 begann „der erste Angriffskrieg in Europa seit 1945".

Das ist eine Quartalslüge. Der erste Angriffskrieg „mitten in Europa" begann am 24. März 1999 mit dem Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, ein Staat, der damals nur noch aus Serbien, dem Kosovo und Montenegro bestand. Die übrigen Teilrepubliken, die im Zeitraum 1946 bis 1990 die Bundesrepublik Jugoslawien gebildet hatten, waren zuvor aus dieser Bundesrepublik ausgetreten – was mit vielen Kriegen, die zusammengefasst als „Jugoslawien-Kriege" bezeichnet werden, verbunden war.

Aus: lunapark vom 19. März 2022

Je eher dieser Krieg beendet wird, desto besser. Wegen des Leids auf der einen Seite – und wegen der schwer umkehrbaren Weichenstellungen auf der anderen Seite.

Man muss leider damit rechnen, dass entscheidende Kräfte auf beiden Seiten daran kein Interesse haben. Immerhin hat der Jugoslawienkrieg über 70 Tage gedauert! Damals hatten wir übrigens eine Veranstaltung im überfüllten DGB-Saal einschl. W-Richter-Nebensaal organisiert, mit Karola Stötzel an der Spitze. Wir sollten also durchaus überlegen, wie wir mehr Druck auf ein Ende des Kriegs erzeugen können.

5. Mai 2022

Die AG weiß, dass es schwierig ist, sich in einer Einheitsgewerkschaft zu kontroversen politischen Fragen zu äußern, und dass die Äußerungsmöglichkeiten für Parteien größer sind. Dennoch sind wir durch den Krieg auch als GewerkschafterInnen enorm gefordert.

Laufend tauchen neue Informationen auf, wenngleich der Mainstream der (ver)öffentlich(t)en Meinung kritische Aspekte weitgehend ausblendet. Deshalb haben wir Aspekte zusammengetragen und diskutiert.

Zur besseren Anschlussfähigkeit haben wir weiterführende Gedanken an die GEW-Erklärung „Krieg ist keine Lösung – sofortiger Waffenstillstand" (LVo-Beschluss vom 18./19. März 2022) angedockt.

Weiterführende Gedanken:

„Dieser Angriff ist durch nichts zu rechtfertigen …."
Die Formulierung verstärkt die öffentlich vermittelte Einzigartigkeit des „ersten Angriffskriegs in Europa" und ignoriert den bis heute völkerrechtlich umstrittenen NATO-Angriffskrieg 1999 gegen die VR Jugoslawien mit deutscher Beteiligung (der auch kein Bündnisfall war), der immerhin 79 Tage dauerte und die Bombardierung ziviler Ziele und Großstädte einschloss.

„Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den Menschen in der Ukraine…"

Der Bezug auf das Interesse anderer Betroffener fehlt (internationale Solidarität), zunächst der deutschen Bevölkerung (siehe Meinungsumfragen), aber auch der existentiell betroffenen sogenannten 3.Welt.

„Alle Kriegsparteien müssen die Waffen niederlegen"

Das impliziert die Kritik an der Lieferung weiterer Waffen ins Kriegsgebiet und die Ausbildung an den Waffen; diese Kritik müsste verstärkt werden

„Die Bundesregierung plant die Einrichtung eines Sondervermögens für zusätzliche Militärausgaben in Höhe von 100 Milliarden Euro und eine Steigerung des Wehretats auf mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung – dies entspricht einem jährlichen Plus von rund 25 Milliarden Euro. Es ist nicht nachvollziehbar, dass plötzlich Milliardenbeträge für Kriegsgerät zur Verfügung gestellt werden …"

Dies ist nicht verständlich, wenn hier die US-Dominanz nicht kritisch beleuchtet wird, die eine deutsche eigenständige Politik erheblich erschwert.

Außerdem sollte dieser Aspekt nicht nur unter steuerverteilungspolitischen Aspekten, sondern auch unter dem Aspekt Wettrüsten und Torpedierung der ökologischen Transformation ausgeführt werden.

Auch der insbesondere in den USA dominante militärisch-industrielle Komplex ist zu beleuchten (die US-Militärausgaben sind höher als die aller anderen Staaten zusammengenommen"!) sowie der Zusammenhang zu den Strategien für eine unipolare Weltordnung.

„Die dafür vorgesehenen Mittel sollten für soziale und ökologische Sicherheit genutzt werden …"

Mit der Aufrüstung und einem neuen Rüstungswettlauf wird die sozialökologische Transformation torpediert (toter Planet…). Das Militär wurde aus den Klimaschutzverhandlungen auf Druck der USA komplett herausgehalten! Das Militär wäre ansonsten (auch ohne Krieg) der Umweltverschmutzung eines größeren Industriestaates vergleichbar!

„Schon jetzt fallen die Militärausgaben hoch aus, und eine weitere Steigerung wird weder den Krieg gegen die Ukraine noch andere Kriege verhindern oder beenden."

Was macht eine gewerkschaftliche Ethik aus? Dieser Frage nachzugehen wäre ein lohnenswertes Unterfangen.

Weitere (noch nicht beratene Aspekte:

- Die Gefahr einer atomaren Katastrophe (s. a. den Brief von Prof. Welzer u. a.), die Erinnerung an den ersten Zivilisationsbruch durch die Abwürfe von „Little Boy" und „Fat Man" am 6. und 9. August 1945 über Hiroshima und Nagasaki, und in Zusammenhang damit die nukleare Erstschlagstrategie der NATO.
- Die mediale Kriegstreiberei
- Die Embargo- bzw. Sanktionspolitik wirft schwerwiegende Fragen bis hin zu existentiellen Bedrohungen (Hungertote durch Krieg und Embargo) auf und ist aufs engste verknüpft mit handelsstrategischen Auseinandersetzungen und ökonomischen Konkurrenzverhältnissen. Diese sind auch gewerkschaftlich relevant.
- Bisherige Kriege unter deutscher Beteiligung wurden nicht ausgewertet, darunter der 20 Jahre dauernde Krieg in Afghanistan, der allerdings eine Vorgeschichte hat. Die vorgesehene Auswertung geht nicht auf die Vorgeschichte ein. Von mir gibt es dazu einen Artikel bei MAKROSKOP.

Die Bezirksdelegiertenversammlung weist eine „Feindbild-Erziehung" entschieden zurück

Die GEW-BDV ist zusammen mit dem Gewerkschaftstag 2022 entsetzt darüber, dass im Gefolge des Ukraine-Kriegs auch bisher unumstrittene Erziehungs- und Bildungsgrundsätze in Frage gestellt werden.

Wenn jetzt wie von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP, die Arbeit an Feindbildern gefordert wird oder gegen „die Kriegsmüdigkeit" anzugehen, wie von der Außenministerin Annalena Baerbock, Grüne gefordert, dann wäre das eine komplette Abkehr von dem, was wir bisher als ErzieherInnen und Lehrkräfte zu tun gehalten waren. Dazu darf es nicht kommen!

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP, hat gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland den „systematischen Aufbau von Feindbildern" (DWN vom 31. 5. 2022) gefordert.

„Was wir brauchen – das mag martialisch klingen – Sie brauchen, um aus Sicht der Bundeswehr zu agieren, ein Feindbild", sagte die FDP-Politikerin. Russland sei in den letzten Jahren der Appeasement-Politik nicht mehr als solches empfunden worden.

„Jetzt wissen wir, wie ein Feind aussehen könnte, in diesem Fall aussieht." Und weiter:

„Das heißt, Sie brauchen ein Bild eines möglichen Feindes, der unsere Freiheit und Demokratie beseitigen will. Und das sehen wir jetzt gerade."

Das aber ist das Gegenteil von dem, was die Schulgesetze in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag verankert haben.

So fordert zum Beispiel das Hessische Schulgesetz in seinem Bildungs- und Erziehungsauftrag von der Schule neben der Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen:

- „die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
- die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,
- andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen,
- Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten". (Auszug)

„Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln, Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen, sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen Anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können."(Auszug)

Es wird in der Praxis ohnehin schon schwierig, sich gegenüber den Medien zu behaupten und „sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen Anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können." (HessSchulgesetz)

aus vier Treffen der AG Krieg und Frieden im GEW-Bezirksverband Frankfurt

n Die Gewerkschaft müsste sich gegen die dauernde Aufforderung wenden, sich in Kriege einzumischen.
n Die sozialen Kämpfe sind eigentlich ein Kampf gegen den Krieg. Sie stehen nämlich der abfertigenden Floskel von „Jetzt ist nicht die Zeit für Forderungen!“ entgegen.
n Die Sanktionspolitik hat die Frage nach den kriminellen Milieus aufgeworfen (Steuerumgehungsorte, alias Steuer“paradiese“/Verschachtelung von Sub- und Tochtergesellschaften/„Treuhänder“ usw.

Weitere Fragestellungen

a) Wie verträgt sich die Ächtung von Krieg mit dem Recht auf Selbstverteidigung? (Schon das Sprichwort: ‚Angriff ist die beste Verteidigung‘ zeigt, wie fließend die Grenzen sind; dazu kommt die „Abschreckungswirkung“ von Atomwaffen, weshalb sie ja auch nur „der Verteidigung“ dienen; wie viele Waffen muss man haben, um sich selbst verteidigen zu können? …)

b) Warum wird nur Russland mit Oligarchenherrschaft assoziiert? (Warum nicht Ukraine, Deutschland oder USA?)

c) Warum wird die politische Herrschaft (über Strukturen, Medien, Unternehmen) der am Krieg Beteiligten so wenig untersucht?

d) Warum wird die ökonomisch-politische Konkurrenz der am Krieg Beteiligten so wenig beleuchtet? (Was bedeutet die Verschiebung der Kapitalseite in Richtung der Finanzinvestoren und Beraterkonzerne – Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts – für die deutsche Regierung?)

e) Warum werden Sanktionen so wenig infrage gestellt? Warum überlasst man dies der AfD??!

f) Warum wird der Ukrainekrieg kaum als Stellvertreterkrieg (Proxi-War) wahrgenommen und kommentiert?

g) Wenn eines Tages der Krieg außer Kontrolle gerät, was sagen wir dann? (leider falsch eingeschätzt? Das konnten wir doch nicht ahnen? …)

h) Warum wird das gegenwärtige Regime in der Ukraine nicht näher beleuchtet? (Selenski als Schauspieler im Film, der dort die Korruption bekämpft, während er im realen Leben mit der Oligarchie eng verquickt ist und Gelder in Steueroasen versteckt)

i) Warum wird die massive Einmischung der ukrainischen Regierung in innere Angelegenheiten Deutschlands hingenommen? (gewerkschaftsfeindlich, wie der vom ukrainischen Konsul in FFM erzwungene Abbruch der Rede von Alexander Wagner vom DGB gezeigt hat)

j) Was würde ein EU-Beitritt der Ukraine für die EU bedeuten? (Orban hoch drei? – ein verstärkter aggressiver Neoliberalismus als US-Stützpunkt in der EU?; Verantwortung für Tschernobyl und die AKWs, Korruption …)

k) Was würde eine massive Aufrüstung der Ukraine im Rahmen der NATO bedeuten?

l) Wie ist die Abwendung der Grünen von den ursprünglichen Gründungszielen („gewaltfrei“) insbesondere in Bezug auf die Jugend zu bewerten?

m) Ähnlich wie zu Corona-Zeiten ist eine neue Einschränkung der Meinungsvielfalt zu beobachten. Wie soll damit umgegangen werden?

13. Juni 2022

Beklagt wird, dass es zum Thema Krieg und Frieden keine nennenswerte Berichterstattung in EuW oder HLZ gibt.

Auch aus den bisherigen Beschlüssen folgt keine weitere Aktion. Ungebrochen geht es mit Aufrüstung und neuen Waffenlieferungen weiter bis hin zur Forderung einer „Feindbildererziehung“ (siehe nebenstehender Beschluss). Dahinter könnte womöglich das Schicksal aller „Formelkompromisse“ stehen, die eher zur Bedienung gegensätzlicher Lager der eigenen Anhänger gedacht sind.

Ähnliches gilt für den DGB-Beschluss. (Wobei hier noch interessant wäre, zu klären, warum GEW und Verdi ihre weitergehende Position auf dem DGB-Bundeskongress nicht halten konnten)

Es wird vorgeschlagen, an dessen positive Inhalte anzuschließen. Aber wie?

Es gibt in der gesamten Gesellschaft anscheinend ein Vermittlungsproblem, keinen Diskurs. Die Medien pflegen die Feindbilddarstellung.

Es wird vorgeschlagen, der Frage nachzugehen, wie der Krieg hätte verhindert werden können. Das läuft auf die Untersuchung der Genese hinaus (mit allen gebrochenen Versprechen, Abmachungen und Verträgen.

Es soll überlegt werden, was wir der BDV von der AG berichten. Außerdem soll überlegt werden, wie wir Leute einladen und mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit gehen, falls das nicht unsere Kräfte übersteigt.

Es wird die Frage aufgeworfen, was der Krieg und der Umgang damit für SuS, Eltern und Lehrkräfte bedeutet.

Unter anderem wäre das Thema Bundeswehr in Schulen zu aktualisieren. S. berichtet von einer Veranstaltung in der Stauffenbergschule, bei der auch die Hessenschau dabei war (siehe hessenschau-online).

Der Umgang der Ukraine mit Deserteuren soll thematisiert werden, vielleicht gesellschaftliche Allianzen (Kriegsdienstverweigerung) hergestellt werden (Connection e.V.).

Dazu kommen Überlegungen für den Landtagswahlkampf 2023. Diese müssten dringend angestellt werden, damit ein Programm für die Konfrontation mit der Politik von CDU und Grünen verfügbar ist.

Die 100 Milliarden Euro Rüstungsfonds fehlen in anderen Bereichen, die knappen Ressourcen werden so falsch verteilt. Immerhin hat Bsirske die 100 Mrd. abgelehnt. Insofern lässt sich sagen, dass der sogenannte „gesellschaftliche Konsens“ garnicht vorhanden ist.

11. Juli 2022

Es wird über die jüngsten Entwicklungen u. a. vom GEW-Gewerkschaftstag berichtet, darunter den Beschluss gegen die von der FDP-Politikerin Strack-Zimmermann geforderte Feindbilderziehung.

Die AG fordert, aus den GEW-Beschlüssen gegen das 100-Milliarden-Euro Sondervermögen der Bundeswehr und das 2-Prozent-Ziel für die Bundeswehr und eine Feindbilderziehung praktische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Entgegen den früheren regelmäßigen Äußerungen der GEW zur Bundeswehr an Schulen ist es jetzt verhältnismäßig still geworden. Dabei macht die Bundeswehr vermehrt Reklame wie zuletzt auf Ausbildungsmessen. Das müsste auf neuer Grundlage wieder hochgefahren werden! Neu insofern, als jetzt mit der verstärkten Kriegsteilnahme der Bundeswehr gerechnet werden muss.

Insofern wird auch die Frage der Kriegsdienstverweigerung wieder akut. Sie ist durch die Abschaffung der Wehrpflicht aus dem Blick geraten. Aber mit der Behandlung von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine, (auch der spezifischen Behandlung durch deutsche Behörden, wenn sie fliehen), aber auch Kriegsdienstverweigerern in Russland wird das Thema auch in Deutschland aktuell.

Hierzu hatte die AG mit Peter Gramlich von Connection e.V. einen Experten eingeladen, der sich mit Wehrdienstverweigerern weltweit befasst. Peter Gramlich hat von den Aktivitäten des Vereins berichtet, die von Untersuchungen über die Lage der Kriegsdienstverweigerer in diversen Ländern, über Hotlines und Beratung bis hin zu Appellen an Bundestag und Europäisches Parlament, Deserteure zu unterstützen reicht.

Über größere internationale Aktionen wird in den deutschen Medien kaum berichtet, z.B. die Demos gegen den NATO-Gipfel in Madrid mit zehntausend TeilnehmerInnen oder die europäischen Aktionstage für die Geflüchteten aus Afrika, die in Spanien in über 100 Städten stattfanden.

Es fehlt ein Überblick über die Frankfurter kritische Öffentlichkeit, aber auch über die kritische Öffentlichkeit in den Gewerkschaften.

Um unsere Anliegen in die Öffentlichkeit zu bringen und die kritische Masse zu stärken und der Bevölkerung wieder mehr Gehör zu verschaffen, möchte die AG eine größere öffentliche Veranstaltung vorbereiten. Diese soll entweder als Kundgebung oder als Saalveranstaltung nach den Sommerferien eine Mischung aus Wortbeiträgen (Analysen und Forderungen) und Liedern beinhalten.

Ausgangspunkt könnte der Appell „Waffenstillstand jetzt! Verhandlungen so schnell wie möglich“ aus der „ZEIT“ vom 30. Juni 2022 sein, der von vielen Prominenten unterschrieben wurde. So könnte beispielsweise Jakob Augstein vom „Freitag“ für einen Redebeitrag angefragt werden.

Bei den Forderungen könnte sich an denen des Friedensratschlags orientiert werden. Insbesondere die Sanktionspolitik wird uns auch als Gewerkschaften noch schwer zu schaffen machen, wenn sie nicht geändert wird.

Dafür soll auf der BVo-Sitzung am 12. Juli 2022 ein Antrag auf Unterstützung gestellt werden – Dies ist inzwischen geschehen. Der BVo hat grundsätzlich zugestimmt, allerdings bleibt es bei den Forderungen auf Grundlage der GEW-Beschlusslage, andere können auf der Veranstaltung diskutiert werden.

Die Vorbereitungen können also anlaufen.

Nächster AG-Termin ist:
Montag, der 12. September 2022
17 Uhr in der Bleichstr. 38a FFM

Interessierte, auch TeilnehmerInnen von außerhalb Frankfurts, sind herzlich willkommen!

Die Bezirksdelegiertenversammlung fordert 100 Milliarden Euro für Bildung statt für Aufrüstung!

Das Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Zu wenig pädagogisches und nicht-pädagogisches Personal, marode Gebäude, schlechte Ausstattung – die Mängelliste ist lang. Die Corona-Pandemie hat die Lage noch einmal verschärft: Um die Folgen der Einschränkungen bei Kindern und Jugendlichen zumindest abzumildern, hätten Schulen eine Schlüsselrolle. Dass es dazu bisher nicht kommt, liegt nicht an fehlendem Geld, sondern an mangelndem politischem Willen – wie die jüngsten Aufrüstungsbeschlüsse von Regierung und Parlament leider anschaulich belegen.

Der Bundestag hat am 3. Juni 2022 ein sogenanntes „Sondervermögen Bundeswehr“ beschlossen. Dieses erlaubt – an der Schuldenbremse vorbei – die Aufnahme von Krediten in Höhe von 100 Milliarden Euro für militärische Rüstungsprojekte. Davon sollen rund 40,9 Milliarden Euro für neue Kampfflugzeuge, rund 19,3 Milliarden für die Marinestreitkräfte und 16,6 Milliarden für das Heer ausgegeben werden. Der Bundesrat hat dem Sondervermögen am 10. Juni ebenfalls zugestimmt. Zusätzlich soll der Rüstungsetat auf über 2% des BIP erhöht werden.

Die Bezirksdelegiertenversammlung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft in Frankfurt am Main lehnt Aufrüstung ab. Dieser gewaltige Sprung in der militärischen Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland erhöht das Bedrohungspotenzial in der Geopolitik und trägt eher zu einer weiteren Eskalation und Aufrüstungsspirale als zu Abrüstung und Entspannung internationaler Konflikte bei. Auch würde das Geld wesentlich dringender für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in den Klimaschutz und in die Bildung benötigt. Bildung ist friedensfördernd, trägt zu einem guten und friedlichen Zusammenleben in Deutschland und der Welt bei, aber diese Rolle kann Bildung nur haben, wenn ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Ökologie in Frankfurt

„Unter die Erde kommen wir noch früh genug"

Eine Veranstaltung zur Verkehrswende

Am 3. April trafen sich 32 NaturFreunde und -Freundinnen im gelüfteten, luftgefilterten und lärmsanierten Naturfreundehaus am Poloplatz.

Heidi Ziehaus moderierte die Veranstaltung und erinnerte an die Unterschriftensammlung zum Verkehrswende-Volksbegehren, die in der ersten Stufe noch bis Ende Juni läuft. Ziel ist es, die geforderten ca. 45.000 Unterschriften (1 % der wahlberechtigten Hessinnen und Hessen) weit zu übertreffen. Dies würde einen politischen Druck bewirken, durch den evtl. die weiteren Stufen (Unterschriften von 5 % der Wahlberechtigten in Listen bei den Kommunen) entfallen könnten, und somit viel Zeit- und finanzieller Aufwand. – Also: sammelt, Leute, sammelt!
(➔ www.verkehrswende-hessen.de www.buendnis-verkehrswende-frankfurt.de)

„Initiative Frankfurt 22"

Klaus Gietinger, Sozial- und Verkehrswissenschaftler und Mitglied in der „Initiative Frankfurt 22", stellte das absurdeste Bahn-Projekt seit Stuttgart 21 vor, nämlich den geplanten Umbau des Frankfurter Hauptbahnhofs zu einem Durchgangsbahnhof für Fernzüge, verbunden mit einer 10 km langen Untertunnelung Frankfurts von West nach Ost, größtenteils unter dem Main verlaufend.

Im Jahr 2003, so Gietinger, gab es ein Bauprojekt namens Rhein-Main-Plus, das bis 2015 hätte fertig werden sollen. Es sah diverse oberirdische Ausbaumaßnahmen vor, die dazu geführt hätten, dass Fernzüge kreuzungsfrei in den Frankfurter Hauptbahnhof hätten einfahren können. Das Projekt hätte einen Kapazitätsgewinn von 41 % erbracht und war mit 70 Millionen Baukosten kalkuliert.

Inzwischen wurde diese Planung großteils eingestampft, und der Tunnel, der noch im Jahr 2020 6,5 km lang werden sollte, wuchs in den Fantasien der Planer 2021 bereits auf 10 km an, und neuerdings werden Forderungen nach Viergleisigkeit geäußert. Trotz dieser Zusatzplanungen ist immer „nur" von 3,5 Mrd Euro die Rede, wobei man von Stuttgart 21 weiß, dass solche Zahlen angesichts einer Planungs- und Bauzeit von mindestens 25 Jahren bereits jetzt Makulatur sind. Mindestens 77mal teurer als die ursprüngliche oberirdische Planung sowie eine mindestens dreimal so lange Bauzeit und ein wesentlich geringerer Kapazitätsgewinn von nur 20 % erzeugen bei den Zuhörer:innen Empörung.

Doch damit noch nicht genug: Was ist mit CO_2? Durch den kalkulierten Ersatz von Autoverkehr kommt es laut DB zu CO_2-Ersparnis. Aber Beton- und Stahlkonstruktion belasten das Klima mit großen Mengen von Kohlendioxid, die durch die Einsparung aufgrund vergrößerter Kapazität erst 2060 (!) kompensiert wären. Wie war das doch gleich: Bis wann sollen die Klimaziele erreicht sein?

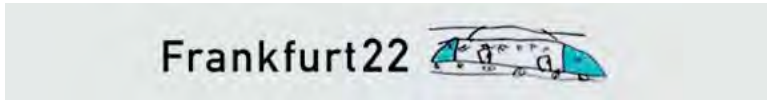
Eine Großbaustelle in Frankfurt für 6 – 8 Minuten Zeitersparnis

Der Tunnel soll 6 – 8 Minuten Zeitersparnis bei den Fahrzeiten bringen. Wow!

Dagegen stellte der Referent 3 – 5 Minuten Zeitverlust durch das Hinabsteigen/-fahren auf (Roll-) Treppen in den Tunnel.

Die Tunneleinfahrt muss wegen der zu erreichenden Tunneltiefe von 30 Metern sehr lang sein, so dass Züge, die über die Main-Weser-Bahn oder aus Darmstadt kommen, die Kurve nicht kriegen und doch in den restlichen Kopfbahnhof einfahren müssen.

Züge, die durch den Tunnel fahren, sparen gegenüber der herkömmlichen Strecke ca. 2.500 – 3.000 Meter. Eine Strecke, die ein Zug in zwei Minuten zurücklegen kann – kann man da wirklich von „Zeitgewinn" reden? Gar nicht zu reden vom Feinstaub durch Abbremsen beim Hinabfahren und vom Energieaufwand beim Hinausfahren aus den 30 Tiefenmetern.



Fazit

1. Die Bahn ist nicht per se klimafreundlich. Sie wird es durch schonende oberirdische Baumaßnahmen, die Strecken ergänzen, verbinden, kreuzungsfrei machen. Sie wird es durch Wiederbelebung von Verbindungen in der Fläche. Und konsequenter Elektrifizierung.

2. Die Forderung „Güter gehören auf die Bahn" muss kritischer beleuchtet werden. Das Bahnnetz ist in naher Zukunft nicht so ausbaubar, dass man die LKWs von den Straßen holen könnte. Stattdessen sind weite Transportwege innerhalb Europas zu überdenken. Regional produzieren und einkaufen ist das Gebot der Stunde.

3. Nicht der Kopfbahnhof ist das Problem, sondern mangelnde Kreuzungsfreiheit und nicht vorhandene Vertaktung der Anschlüsse. Wenige sehr schnell fahrende Züge bremsen langsamer fahrende Züge aus. Stattdessen: Takt geht vor Tempo!

4. Eine Großbaustelle in Frankfurt für die nächsten 30 Jahre mit den beschriebenen Kosten und Folgen ist unerträglich, widerspricht den Zielen von Verkehrswende und Klimagerechtigkeit und muss mit allen Mitteln verhindert werden!

➔ www.frankfurt22.de / www.gietinger.de
(Broschüre „Straßen für alle 2.0)

Leider war die Zeit an diesem Vormittag schon recht weit fortgeschritten und ein Referent erkrankt, so dass Wolf-Rüdiger Hansen vom BUND Kreisverband Frankfurt nur noch grob die Gründe für die Ablehnung der Autobahnverbindung A66 zur A661 einschließlich des ca. 1 km langen Riederwaldtunnels skizzieren konnte.

Der BUND hat durch ein Gutachten, dem bisher nicht widersprochen wurde, feststellen lassen, dass der aktuelle Bundesverkehrswegeplan in Teilen, die allerdings noch je Objekt eingeklagt werden müssten, dem Grundgesetz-Artikel 20a widerspricht. Dieser Artikel garantiert den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere in Verantwortung vor den zukünftigen Generationen.

Der Riederwaldtunnel ist Relikt einer Regionalplanung aus dem Jahr 1980, die vorsah, eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen Wiesbaden und Fulda zu bauen und in deren Rahmen der Alleenring untertunnelt werden sollte. Die Idee einer Autobahn quer durch Frankfurt wurde 2015 beerdigt, stehengeblieben aber ist die o.g. Planung. Die Autobahn A66 Riederwaldtunnel wird eine drastische Verkehrszunahme im Frankfurter Osten verursachen. Laut offizieller Prognose werden 2030 über 80.000 Fahrzeuge mehr als heute die Frankfurter Stadtteile durchqueren. Und sie wird einen artenreichen Auenwald, Teil des Grüngürtels der Stadt Frankfurt zerstören! Die Pläne für die „autogerechte Stadt", die aus der Sicht von Mobilitätswende-Befürworter:innen in das Reich der Dinosaurier gehören, sehen weiterhin Spurerweiterungen auf 6 bis 10 Spuren für die A661, die A5 Richtung Friedberg, die A5 und die A67 Richtung Darmstadt vor, und das, obwohl es in alle Richtungen auch Netz-Erweiterungen für die S-Bahn gibt, für die die Baumaßnahmen teilweise schon begonnen sind.

Hansen fordert, dass alle Planungen unter der Frage stehen müssen: Welche Belastungen muten wir zukünftigen Generationen zu, die durch das, was wir heute tun, entstehen.

Hier fällt mir der alte Spruch ein: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen." Ein Slogan aus der Umweltbewegung der 80er Jahre. Wir waren damals davon überzeugt, die Entwicklung in diese Richtung beeinflussen zu können. Neoliberalismus und die damit verbundene alles verschlingende Gier nach Reichtum und Macht haben uns schneller überrollt als wir mitdenken konnten. Lasst es uns gemeinsam mit der jungen Generation noch einmal anpacken!

➔ www.molochautobahn.de
➔ https://www.bund.net (zum Downloaden des Rechtsgutachtens)
➔ https://bmvi.de (zum Downloaden des Bundesverkehrswegeplans)

Marianne Friemelt

Bürgerinitiativen gegen milliardenteure und klimabelastende Bahnprojekte fordern:

Große Verkehrs-Infrastrukturprojekte auf den klimapolitischen Prüfstand!

Unbestritten ist der Verkehrssektor einer der Haupttreiber der Erderhitzung. Unbestritten ist auch, dass hier international und national schnelle und radikale Schritte der Verkehrsverlagerung erforderlich sind- vor allem vom Straßen- und Luft- hin zum Schienenverkehr.

Es gibt in der öffentlichen Diskussion keine und in der Klimawissenschaft kaum Differenzierungen beim Thema Schienenverkehr. Und so werden seit Jahren völlig aus der Zeit gefallene Bahn-Projekte weitergeplant und gebaut, die einer alten Wachstumsideologie verpflichtet sind und die in krassem Widerspruch zu den heutigen klimapolitischen Erfordernissen stehen.

Keine Beachtung findet, dass einige solitäre Rennstrecken die Gesamtfahrzeit zwar geringfügig verringern, dafür aber die Umsteigemöglichkeiten zum Teil verschlechtern und den Energie verbrauch exponentiell steigen lassen.

Völlig außer Betracht in der Klimabilanz bleiben die extrem CO_2-intensiven Infrastruktur-Investitionen vor allem durch Einsatz von Stahlbeton bei großen Brücken und langen Tunneln. Für den Bau eines Kilometers doppelröhrigen Bahntunnels werden z. B. 20.000 Tonnen Treibhausgase emittiert. Stahlbeton wird in den nächsten klimapolitisch entscheidenden Jahren, wenn überhaupt, nicht durch weniger klimabelastende Baustoffe ersetzt werden können.

Die hier initiativ gewordenen Bürgerbewegungen vertreten dieselben klimapolitischen Anliegen, die die Proteste gegen weiteren Autobahnausbau (z.B. Dannenröder Wald/A 49) antreiben oder Bürgerbewegungen gegen klimaignorante Großprojekte in anderen Ländern, wie Erdogans Megaprojekt einer Kanalverbindung zwischen Marmara- und Schwarzem Meer, die Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke Lyon-Turin durch die Alpen (Susatal), das Projekt Tren Mayo in Mexiko oder den Ostseetunnel zwischen Skandinavien und Deutschland (Feste Fehmarn Belt Querung), an denen auch die OB beteiligt ist.

Die unterzeichnenden Bürgerbewegungen verbindet das Interesse an einem klimaverträglichen, bürgerfreundlichen Ausbau der Bahn mit integralem Taktverkehr nach Schweizer Modell und die Stärkung des Schienengüterverkehrs unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohnenden. Sie alle haben Alternativen oder Konversionsmodelle entwickelt, die mit weniger Treibhausgas-Emissionen, weniger Naturzerstörung, weniger Bodenversiegelungen auskommen und Kosten in Milliardenhöhe einsparen helfen, die dem klimafreundlichen Ausbau der Schiene an besserer Stelle zugutekommen können.

Die Initiativen fordern daher:
- Neubewertung aller in der Planung und im Bau befindlichen Großprojekte der OB unter Klima-Aspekten und sofortiger Baustopp, wenn klimafreundlichere Alternativen vorhanden sind
- Überarbeitung und Aktualisierung der Methodik zur Evaluie-

Die Privatisierung als Destruktionsprozess im Gesundheitswesen

Eine Besprechung von Bernd Hontschiks Buch, Heile und herrsche! Eine gesundheitspolitische Tragödie

Das Bildungs- und das Gesundheitswesen haben mehr gemeinsam als es scheint. Beide sind von Unterfinanzierung bedroht. Beide nutzen die intrinsische Motivation ihrer Beschäftigten zur Einsparung. Auch wirtschaftliche Kennziffern waren im Rahmen der „Neuen Verwaltungssteuerung" geplant. Diese immerhin konnten wir im Bildungsbereich bisher verhindern.

Dass ein Buch, vor drei Jahren konzipiert, durch massive Veränderungen im Gesundheitsbereich umgeschrieben werden muss, wie der Autor sagt, gibt zu denken. Und es ist zunächst nicht einmal, wie zu erwarten, die Corona-Politik, die dazu zwingt, die auch.

Der Grund: Während in den vergangenen Jahrzehnten bis in die Lehrpläne der Schulen vor den ‚Gefahren der Globalisierung' gewarnt wurde, ist inzwischen ein weiterer Weg der Kapitalexpansion vorangekommen, den Hontschik so beschreibt:

Während die Gloablisierung als externe, als zentrifugale Expansion beschrieben werden könne, finde zeitgleich „eine nach innen gerichtete, eine zentripetale Expansion" statt, „bei der immer mehr Bereiche der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten innerhalb eines Landes unter die Kontrolle des Kapitals gebracht werden. Diese Prozesse bezeichne man beschönigend als ‚Privatisierung'." Hontschik verweist auf gewinnorientierte Universitäten, Privatschulen, privatwirtschaftlich geführte Gefängnisse, Krankenhäuser und von Finanzinvestoren gegründete Ärzteketten. Dabei sei „die Privatisierung als Destruktionsprozess" an den Veränderungen des Gesundheitswesens am deutlichsten zu erkennen. Auf diesen Destruktionsprozess geht das Buch im Weiteren ausführlich und an vielen eindrucksvollen Beispielen ein, wobei dem Autor seine beruflichen Erfahrungen als Chirurg viele Vorlagen liefern.

Im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie sei aber nach dem Übergang vom Gesundheitswesen zur Gesundheitswirtschaft ein weiterer großer Schritt vollzogen worden: „Dem Gesundheitswesen wurde eine politische Aufgabe zugeordnet, um es zur Ausübung politischer Macht zu gebrauchen." Dieser Schritt von der Gesundheitswirtschaft zur Gesundheitsherrschaft" sei „um ein Vielfaches bedrohlicher" und dürfe nicht länger ignoriert werden.

Schuld – Überwachung – Strafe

Dabei spiele der Angriff auf soziale Grundsätze eine entscheidende Rolle. Dieser Angriff komme aber auf leisen Sohlen daher. Und die mediale Präparierung sorge für eine gewisse Akzeptanz. Die Zuschreibung von Schuld für Krankheiten und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen seien ein solcher Angriff.

> „Dem Gesundheitswesen wurde eine politische Aufgabe zugeordnet, um es zur Ausübung politischer Macht zu gebrauchen."

Zwar sei schon vor fünfzehn Jahren die Diagnose der „selbst verschuldeten Krankheiten" eingeführt worden, für deren Kosten die Solidargemeinschaft nicht mehr aufkommt (Piercing u.a.), aber erst Corona habe diese Debatte so richtig befeuert. Vorschläge von höchster Stelle wie die von der Verweigerung einer Krankenhausbehandlung von Impfverweigerern bis zu deren Beteiligung an den Krankheitskosten trafen durchaus auf offene Ohren.

Mit dem „Schuldprinzip als Totengräber des Sozialprinzips" würden aber im Gesundheitswesen „Dämme brechen, die nie wieder geschlossen werden können." Dazu brauche man bloß die Konsequenzen ein wenig weiter zu denken: Übergewichtige, RaucherInnen, Drachenflieger, SkifahrerInnen, TrinkerInnen, SonnenanbeterInnen am Strand ...

Und schließlich bringe die Einführung des Schuldprinzips in das Sozialsystem „ein Geschwister mit sich, und das ist die Strafe." Am weitesten hat sich der Tübinger Oberbürgermeister Palmer aus dem Fenster gelehnt, als er u.a. Pensions- und Rentenzahlungen von einem Impfnachweis abhängig machen und die Impfpflicht mit Beugehaft und Rentenkürzungen durchsetzen wollte.

Während die Etablierung des Schuldprinzips hierzulande eher mental vorbereitet wird, nimmt es über verschiedene Überwachungsmöglichkeiten durchaus gespenstisch aktuelle Züge an. So referiert Hontschik die aktuellen Bemühungen, über Abwässer die Coronadaten schneller und genauer zu erfassen als über die Gesundheitsämter. Was zunächst als Fortschritt daherkomme, könne aber schnell ganz andere Fragestellungen aufwerfen, die bis zur kompletten Überwachung inklusive entsprechender individueller Sanktionen reichen. Dazu müsse man sich nur das chinesische im Aufbau befindliche „Sozialkreditsystem" ansehen. „Wer zu viele Minuspunkte gesammelt hat, wird bestraft." Das kann bis hin zu öffentlichen Demütigungen oder gesellschaftlichen Ausschlüssen führen. In Deutschland ist deswegen die elektronische Gesundheits- und Patientenkarte auch zu Recht umstritten.

Die Corona-Politik habe auf vielen Feldern die kritische Auseinandersetzung regelrecht erstickt, wie schon Heribert Prantl in seinem Buch „Not und Gebot – Grundrechte in Quarantäne" beschrieben hat (Buchbesprechung in der letzten FLZ). Hontschik referiert selbst viele Beispiele aus Wissenschaft, der Ständigen Impfkommission, der Produkthaftung der Impfstoffhersteller und dem einseitigen medialen Trommelfeuer. „Bei Corona konnten wir erleben, wie Meinungsvielfalt bestraft wurde, wie aus dem Diskurs eine Einbahnstraße wurde, wie Wissenschaft instrumentalisiert wurde. Und damit stand erstmals die Gefahr im Raum, dass das Gesundheitswesen und die Medizin als Herrschaftsinstrument missbraucht werden."

Dieser Missbrauch hat bereits ein Fundament bekommen, von dem er sich leichter ausbauen lässt: die eingangs erwähnte nach innen gerichtete Expansion des Kapitals in Gestalt der Privatisierung. Dabei schränkt Hontschik zunächst ein: Gewinnstreben und Profitorientierung seien im Gesundheitswesen nichts Neues. Und verweist auf börsennotierte Pharmakonzerne und die Hersteller von Geräten und Hilfsmitteln. Noch nicht so lange gebe es allerdings „Konzerne, die Krankenhäuser aufkaufen und Arztpraxen als Medizinische Versorgungszentren betreiben. Für die Privatisierung der Krankenhäuser benennt Hontschik mehrere Faktoren: eine davon ist die seit 1972 neu geregelte Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch die Länder und die in den letzten 20 Jahren betriebene Ausblutung dieser Investitionen: Obwohl die Inflationsentwicklung von 2000 bis 2020 eine Steigerung der Investitionen um ein Drittel verlangt hätte, habe sich die Investitionsfinanzierung durch die öffentliche Hand in dieser zeit halbiert. Die Länder hätten ihren gesetzlichen Auftrag „schlicht ignoriert". Damit mussten die Krankenhäuser einen Großteil ihrer Investitionen aus dem laufenden Betrieb finanzieren und nahmen dabei (mit oder ohne Outsourcen) das Personal in die Haftung. Die Folgen kennen wir heute. Gegenwärtig laufen wie- der Streiks um einigermaßen akzeptable Arbeitsbedingungen.

Die Parallelen zur Unterfinanzierung im Bildungsbereich sind unverkennbar und in der FLZ schon mehrfach thematisiert worden.

Weitere Faktoren auf dem Weg der Privatisierung waren die Einführung der Fallpauschalen, der Ausrichtung an einem ‚Case-Mix-Index' als wirtschaftliche Kennziffer für die anwachsenden Controlling-Abteilungen und die Weitergabe des entsprechenden Drucks nach unten. Ergebnis: „Nur das Krankenhaus also, das mit möglichst geringen Kosten möglichst viele Kranke in möglichst kurzer zeit behandeln konnte, macht Gewinne." Die Folgen sind unerträglich. Sie werden dadurch noch verschlimmert , dass auch jenseits der Krankenhäuser mit Krankheiten so viel Geld verdient werden kann.

Im Kapitel „Gier" werden die Geschäfte der Pharmabranche beleuchtet. Beschrieben wird auch, wie „Corona alles verändert hat". Die bisher jahrzehntelang öffentlich eher kritische Betrachtung dieser Branche habe jetzt „eine völlig neue und ungeahnte Dimension erreicht: Das sind jetzt unsere Retter!" Dabei würde allein schon die Erweiterung unseres (neokolonialen) Blickwinkels reichen (und die Aufgabe unserer privilegierten Weltmarktposition), um angesichts der Impfstoffpatente anders zu denken.

Hontschik beschreibt noch einiges mehr, aber er beschreibt nicht nur, er handelt auch, nicht zuletzt durch seine Kolumnen in der Frankfurter Rundschau oder sein Engagement in entsprechenden Initiativen. Deshalb endet das Buch auch nicht nur mit dem Vorschlag: „Wie könnte das Gesundheitswesen der Zukunft aussehen?". Weil es dazu einer gewaltigen Kraftanstrengung bedarf, wie sie nur gemeinsam mit vielen kritischen Menschen gelingen kann, endet Hontschiks Buch auch erst mit dem neunten Kapitel. Dort führt er nämlich die „Gruppen und Organisationen" auf, die für seine Anliegen „wichtig, zukunftsorientiert und sympathisch" sind. Und auf deren Seiten finden sich weitere MitstreiterInnen.

Dass eine solche Arbeit in der Tat auch „sympathisch" sein kann, kann ich gerne als Aktiver bei „Gemeingut in BürgerInnenhand" bestätigen.

Herbert Storn

Das Buch erschien im Mai 2022 im Westend Verlag

rung von Bahnprojekten unter Einbezug klimarelevanter Parameter bei Infrastrukturerstellung und Betrieb

- Priorisierung von Projekten mit höherem Klimanutzen
- Umgehende Realisierung aller Projekte mit Investitionskosten unter 100 Mio. Euro aus der sog. „181er Liste" für die Einführung des Deutschlandtaktes
- Mindestens 50 % der Investitionsmittel des Verkehrssektors für Schienenausbau und Instandsetzung

Grundlagen unserer Arbeit

— Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zur Grundsätzlichkeit von Klimaschutz https://bit.ly/3ot50TQ

— Rechtsgutachten des BUND zur Verfassungswidrigkeit des Bundesverkehrswegeplans 2030 aus dem Jahr 2016 https://bit.ly/3kBcjmq

Ansprechpartner für die gemeinsame Erklärung
Isabei Arent (04563 478 9807)
Werner Sauerborn (0171 3209801)

Alle Initiativen

Aktionsbündnis Stuttgart 21
www.kopfbahnhof-21.de
www.umstieg-21.de
www.bei-abriss-aufstand.de/

Aktionsbündnis und Allianz gegen FFBQ I Beltretter
https://stop-fehmarnbelttunnel.de

Bahnstrecke Harnburg Lübeck
www.buergerinitiative-bahnstrecke-hh-hl.de

Brenner-Nordzulauf
www.brennerdialog.de

http://frankfurt22.de

www.prellbock-altona.de

Pro Ausbau Hannover-Bielefeld
https://pro-ausbau.de/

Arbeitskreis Schienenverkehr Zweite Stammstrecke München
https://muenchner-forum.de/ak-schienenverkehr

Man muss es nur verstehen...

„Wann erfüllen Sie denn endlich den KODEX für Gute Arbeit, Frau Dorn?“
„Ach, Frau Gutmut, der WEG dahin ist doch viel wichtiger!“
„Aber ist denn das überhaupt der richtige Weg, wenn alles nur schlechter wird?“
„Sie müssen das dialektisch sehen, Frau Gutmut, und für mich ist der Weg garnicht so schlecht ...“ – „Ach, stimmt ja. Sie sind ja auch nur befristet, Frau Ministerin.“
„Sehen Sie, Frau Gutmut, wir verstehen uns doch.“

Scheinpolitik – die große Heuchelei in der Hochschulpolitik

verantwortet in Hessen von CDU und Grünen

„Rettet die Geistes- und Sozialwissenschaften – sichert die Lehramtsausbildung“, unter dieser Überschrift unterstützt der GEW-Landesvorstand durch Beschluss im März 2022 eine gemeinsame Petition der ASten der Justus-Liebig-Universität Gießen, der Philipps-Universität Marburg und der Goethe-Universität Frankfurt sowie der Fachschaften des Fachbereichs 03 und des Mittelbaus der Universität Gießen und bewirbt sie.

Kritisiert werden massive Kürzungen bei den geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern mit entsprechenden Folgen für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Qualität der Lehre als Folge der Markt- und Wettbewerbsorientierung der Hochschulverantwortlichen.

Markt- und Wettbewerbsorientierung ist inzwischen zum Markenzeichen der CDU und der Grünen (Wissenschaftsministerin ist die Grüne Angela Dorn) geworden, ohne dass dies die WählerInnen irgendwie stört. Denn die Wahlergebnisse bleiben stabil, obwohl die Kritik schon seit langem besteht. Das ist vermutlich auch der Grund für die Politik, nichts wesentlich zu ändern. – Aber der Reihe nach.

Wer an der Bildung spart, braucht sich nicht mehr um die auseinanderdriftende Reichtumsverteilung kümmern und kann Forderungen nach verbesserten staatlichen Einnahmen z. B. über die Aktivierung der eingefrorenen Vermögensteuer oder anderen ‚Reichensteuern‘ beständig und lautlos ignorieren.

Dabei werden die Verhältnisse natürlich nicht besser – im Gegenteil.

An der Bildung sparen, heißt an den Hochschule Stellen sperren. Das heißt prekäre befristete Arbeitsverhältnisse. Die Zahlen sind so skandalös hoch, dass es kaum zu glauben ist, wie die Übersicht unten zeigt.

Und jetzt kommt die Heuchelei ins Spiel

Im Dezember 2021 unterzeichneten vierzehn Hochschulleitungen und das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (geführt von der bereits genannten Angela Dorn, Grüne) den Kodex für gute Arbeit.

Dieser ist aber weder rechtlich verbindlich noch eine sonst so beliebte „Zielvereinbarung“, sondern: eine SELBSTVERPFLICHTUNG.

In Abwandlung eines philosophischen Leitsatzes hat Ministerin Dorn deshalb auch festgehalten, dass der Prozess zum Kodex fast genauso wichtig sei wie das Ergebnis.

Ja, wenn 2021 bereits ein Viertel bis ein Drittel aller Hochschulbeschäftigten aus Billigstlöhnern der studentischen Hilfskräfte besteht, dann bleibt genug Geld übrig, um es an den größten deutschen Krankenhauskonzern Asklepios zu geben bzw. an seine Tochtergesellschaft der Rhönklinik-GmbH, damit es die einzige privatisierte Uniklinik in Deutschland weiterbetreiben und seine Eigentümer bedienen kann.

Es ist auch erstaunlich, dass es nicht immer die vielfach gescholtenen Privatkapitalisten sind, die mit schlechtem Beispiel vorangehen, sondern eine grüne Ministerin in ihrem eigentlich dem Gemeinwohl verpflichteten Ressort.

Für die Beratungsdauer des Kodex für gute Arbeit als ‚Selbstverpflichtung‘ war übrigens auf Wunsch des Ministeriums Stillschweigen vereinbart worden. Merkwürdig, wo doch der Prozess fast so wichtig sein sollte wie das Ergebnis.

Eine weitere Fußnote:

2016 wurde das Wissenschaftszeitvertragsgesetz novelliert. Laut § 8 musste es bis 2020 evaluiert sein. Vor dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz von 2007 waren 75 Prozent der wissenschaftlichen Angestellten befristet. Danach und bis 2015 war der Anteil auf 90 Prozent gestiegen.

In einer Veranstaltung der Fraktion Die Linke im Römer, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen und dem Freien Schauspiel in der Titania Frankfurt zum 1. Mai 2022 zum Thema „Fetisch Arbeit – und die Folgen“ war auch eine Fragestellung (unter anderen) dabei „Was passiert an den Frankfurter Universitäten? Sind sie noch Hort der Wissenschaft oder wächst dort ein universitäres Proletariat heran, das sich mit Zeitverträgen in der Forschung und Lehre über Wasser hält?“

Ich habe dabei die Vermutung geäußert, dass unter Ausnutzung der Vereinzelung und gewisser Notlagen das Prekariat von staatlicher Seite auch dazu genutzt wird, sich frühzeitig, also schon während der Ausbildung an prekäre Zustände zu gewöhnen.

Wer aber nur den Armutsaspekt daran kritisiert, springt zu kurz, denn die Kehrseite ist die Konzentration des Reichtums und die damit verbundenen Privilegien.

Pikant wurde es, als der Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) Hendrik Hallier das Publikum nach einer Einschätzung der Arbeitsbedingungen in drei Kategorien von Gaststätten befragte:
A: McDonalds am Hauptbahnhof,
B: bekannte Restaurantketten,
C: Szenekneipen, Bioläden.

Die Antwort überraschte. An der Spitze stand nämlich A: mit 30 Urlaubstagen, Betriebsrat, keinen Befristungen, guter gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Am Ende stand mit „katastrophal“ C.

Vielleicht hat sich bei manchen mit der fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft doch ein etwas idyllischer Freiheitsbegriff eingeschlichen. *Herbert Storn*

90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter sind lediglich befristet beschäftigt!

Laut statistischem Landesamt war bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen das Verhältnis von unbefristetem Arbeitsverhältnis zu befristetem **1 zu 9**.
Das statistische Bundesamt meldet für angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten (ohne Hochschulen) folgende Entwicklung vom Jahr 2000 bis 2018:

Dauerstellen
im Jahr 2000: unter 20.000, im Jahr 2018: ebenfalls unter 20.000

befristete Stellen
im Jahr 2000: über 60.000, im Jahr 2018: über 130.000 (**mehr als verdoppelt**!)

Laut GEW haben sich die studentischen wissenschaftlichen Hilfskräfte an hessischen Hochschulen von 2009 (9.000 Personen) bis 2021 (16.000 Personen) **fast verdoppelt**!

Rentensenkungspläne Spanien

Grußbotschaft an die 5. nationale Konferenz der COESPE (Coordinadora Estatal por la Defensa del Sistema Público de Pensiones) in Valencia

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir wissen von eurem Kampf gegen die Rentensenkungspläne sowohl der spanischen Regierung als auch der Europäischen Kommission, die in ihrem „Grünbuch“ dazu auffordert, die umlagefinanzierten Renten zu schwächen. In Deutschland hat die Regierung aus SPD, GRÜNEN und FDP in ihrem Regierungsprogramm das Ziel festgelegt, „eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung“ (Zitat) einzuführen. Gegenwärtig ist in den Medien mit ihrer Kriegsberichterstattung davon zwar nicht die Rede, aber das kann sich bald ändern. Zu Beginn des Jahres 2022 wurde den RentnerInnen in Deutschland eine Rentenerhöhung um 5,2 % zum 1. Juli versprochen. Da war noch die Rede von einer Inflationsrate um 3 %. Inzwischen beträgt sie 7,2 % mit steigender Tendenz. Jede/r spürt die sinkende Kaufkraft, vor allem die RentnerInnen mit einer Durchschnittsrente von 989 €.

In dieser Situation wäre es die vordringliche, weil ureigene Aufgabe der Gewerkschaften, gegen die Senkung der Realeinkommen bei den Beschäftigten, den Rentnern und Erwerbslosen anzukämpfen. Im Gegensatz dazu wurden in den letzten Monaten von einigen Gewerkschaften 1. mehrmonatigem „Verzicht“ auf Lohnerhöhungen und 2. geringfügigen Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate bei langer Laufzeit der Tarifverträge zugestimmt. Als Begründung musste die „schwierige“ Situation in der Zeit der Corona-Epidemie herhalten. Dabei weiß Jede/r, dass niedrige Lohnerhöhungen auch zur weiteren Absenkung des Rentenniveaus führen werden.

Die betroffenen Gewerkschaftsverantwortlichen haben auch einmalige sogenannte Corona-Sonderzahlungen von bis zu 1300 € akzeptiert und sie sogar als „Kompensation“ für die Monate bezeichnet, in denen keine Tariflohnerhöhung erfolgen (12 oder 13 Monate).

Wie ihr sicherlich wisst, wird einem Großteil der Beschäftigten in staatlichen Einrichtungen, den sogenannten Beamten, in Deutschland das Streikrecht verweigert. Sie können nur bei Androhung von Strafen an den Aktionen der angestellten Kollegen während der Tarifverhandlungen teilnehmen. Zu den Besonderheiten dieses besonderen „Beamtenrechts“ (das in der Kaiserzeit im 19. Jahrhundert entstand) gehört auch, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen „vollumfänglich und zeitgleich“ per Gesetz auf die Beamten übertragen werden. Das ist auch bei der jüngsten Tarifrunde geschehen, mit einer Ausnahme: die Personengruppe der nicht mehr aktiven Beschäftigten, d.h. die RentnerInnen, genannt die „VersorgungsempfängerInnen“ sollen diese „Corona-Sonderzahlungen“ nicht bekommen. Diese Ungleichbehandlung von Rentnern und Aktiven ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik und wir werden sie nicht hinnehmen.

Die Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaften, die sich nicht von Diktaten der Privatunternehmer und des Staates erpressen lässt, stellt sich in jedem Land.

In diesem Sinne wünschen wir eurer Konferenz einen guten Verlauf und Ergebnisse.

Gez. *Heiner Becker, Lothar Ott*
Vorsitzende der Personengruppe
Seniorinnen und Senioren
im Bezirksverband Frankfurt der
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft (GEW)

Foto: www.coespeweb.es / youtube

Gegen die tödliche EU-Abschottungspolitik!

Grußadresse des Arbeitskreises Internationales der GEW Hessen und der Personengruppe SeniorInnen der GEW Frankfurt anlässlich der Demonstration und Kundgebung „Gegen die tödliche EU-Abschottungspolitik!" am 1. Juli 2022 vor dem spanischen Konsulat in Frankfurt am Main

In Madrid hat am 25. Juni, ein Tag nach dem Blutbad an afrikanischen Flüchtlingen in Melilla, eine europäische Versammlung gegen den Krieg unter dem Motto „Weder Putin, noch die NATO: Nieder mit dem Krieg" stattgefunden.

Als die Teilnehmer von dem Blutbad erfuhren, verabschiedeten sie eine Resolution, die wir teilen und hiermit zur Kenntnis geben möchten:

Resolution

»An der Grenze von Melilla sind mindestens 18 afrikanische Flüchtlinge zu Tode gekommen. Das ist die Barbarei, die von den Regierungen Spaniens und Marokkos organisiert wird.

Es sind schreckliche Bilder. Dutzende Flüchtlinge sind verletzt und zwischen 18 und 46 zu Tode gekommen, je nach den Nachrichtenquellen, als Tausende von ihnen versuchten, über die verbrecherischen Grenzbefestigungen von Melilla zu klettern und so der Hungersnot, Elend und Krieg zu entkommen. Die Politiker nennen das eine „Aggression", um die Opfer zu kriminalisieren, aber die gleichen Politiker rufen zur willkommenen Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine auf.

Diese Situation ist das Ergebnis der Verwüstung Afrikas, der Wiege der Menschheit, durch die Politik des Imperialismus und der ihm ergebenen Regierungen. Dieses Zerstörungswerk wird beschleunigt durch Kriege und die daraus folgende Hungersnot. Es ist auch das Ergebnis des verbrecherischen Bündnisses zwischen den Regierungen der Monarchie Spaniens und des Königreichs Marokko, das vor kurzem besiegelt wurde durch die veränderte Position der spanischen Regierung zur Frage der Westsahara als gehorsame Erfüllung des Beschlusses der amerikanischen Herrschaft.

Wir verurteilen die Politik der spanischen Regierung von Pedro Sanchez und Yolanda Diaz, die über sechs Meter hohe Zäune gespickt mit Stacheln errichtet, die den Menschen bei ihren Kletterversuchen Fleischwunden zufügen, um denjenigen den Weg zu versperren, die einfach nur der Zerstörung ihrer Länder entkommen wollen.

Ohne jede Solidarität, ohne Mitleid mit den Toten und Verletzten, hat Pedro Sanchez als spanischer Regierungschef die „Kooperation" der marokkanischen Gendarmerie gelobt und erklärt, es handele sich um eine „gewaltsame Aggression [organisiert von Schlepperbanden], gut abgewehrt von den beiden Sicherheitsgruppen". Gut abgewehrt, aber mehr als 100 Verletzte* und Dutzende Tote!

Der Präsident von Melilla – einer kolonialen Exklave Spaniens in Marokko –, Eduardo de Castro, hat erklärt, die Nato müsse sich an der Verteidigung Ceutas und Melillas beteiligen. Als ob er das Echo auf seine Vorschläge wäre, erklärte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu Ceuta und Melilla, dass er „absolut davon überzeugt ist, dass die Nato-Verbündeten Spanien Beistand leisten würden, falls es Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt ist". Und die spanische Regierung fordert vor dem Nato-Gipfel eine stärkere Intervention dieses Militärbündnisses in Nordafrika.

Die von der Franco-Diktatur geerbten Sicherheitskräfte fordern eine „eiserne Hand". Die Presse berichtet von Äußerungen der Guardia Civil in Melilla, die sich darüber beschweren, nur die Erlaubnis zu haben „für den Einsatz von Tränengas, aber damit kann man sie unmöglich aufhalten". Ernesto Vilarino, Generalsekretär der Pseudo-Gewerkschaft SUCIL, die eine Mehrheit in der Guardia Civil vertritt, hat erklärt, dass „die Guardia Civil [in der Exklave] zu klein ist, wir fordern einmal mehr den Einsatz von Armeetruppen".

Diese Tatsachen finden wir empörend. Wir fordern:

- Willkommene Aufnahme aller Flüchtlinge;
- das Ende der Plünderung Afrikas durch die multinationalen Konzerne;
- Anerkennung sämtlicher Rechte der eingewanderten Arbeiter, die in Spanien leben, einschließlich einer Million marokkanischer Arbeiter;
- Schleifung der schändlichen Stacheldrahtzäune um Ceuta und Melilla;
- Rückgabe aller kolonialen Exklaven an Marokko.
- Wir fordern Gerechtigkeit/Entschädigung für die Opfer des Blutbades von Melilla.«

Am 25. Juni einstimmig von der Versammlung beschlossen.

Mit solidarischen Grüßen

Maria Ebobisse (Arbeitskreis Internationales, GEW Hessen),
Lothar Ott (Personengruppe SeniorInnen, GEW Frankfurt)

Iran: **Dringender Appell an Kolleginnen und Kollegen und ihre Gewerkschaften**

Die bedrängte Lage der Aktivist*innen der iranischen Berufsverbände und die kaum vorstellbaren Dimensionen ihrer Unterdrückung verdienen die solidarische Aufmerksamkeit ihrer internationalen Kolleg*innen.

Im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der 1. Mai-Veranstaltungen (2022) wurden im ganzen Land Hunderte von Mitgliedern und Aktivist*innen verschiedener Berufsverbände von den Rollkommandos des iranischen Regimes bei überfallartigen Nacht- u. Nebelaktionen festgenommen und inhaftiert. Weder die Angehörigen noch die Anwälte durften während der ersten Wochen mit den Inhaftierten Kolleg*innen Kontakt aufnehmen. Erst vier-fünf Wochen nach der Inhaftierung wurde einigen von ihnen erlaubt, in 2–3 minütigen Telefonaten mit ihren Angehörigen zu sprechen.

Reza Shahabi ist einer der Gefangenen, der mit seiner Familie sprechen durfte. Shahabi ist Vorstandsmitglied der Vahed-Gewerkschaft, gehört zu den bekanntesten Persönlichkeiten der iranischen Arbeiter*innen-Bewegung, hat wegen seiner Aktivitäten mehrjährige Haftstrafe hinter sich, leidet unter bleibenden Schäden als Folge der Folterungen in der Gefangenschaft und ist auf ständige ärztliche Betreuung angewiesen. Am Telefon erzählte er u.a., er werde jeden Tag ununterbrochen und 12 Stunden pausenlos verhört, habe die sich wiederholenden Fragen immer wieder erneut zu beantworten. Medikamente und medizinische Versorgung, die er dringend benötige, würden ihm verweigert. Deshalb habe er beschlossen, aus Protest gegen die falschen Anschuldigungen und die fragwürdigen Verhörmethoden ab Montag (13. 6. 22) in den Hungerstreik zu treten. Nun befindet er sich seit bald einer Woche – Datum dieses Appells- im Hungerstreik und schwebt in Lebensgefahr!

Am 14. 6. 22 wurden drei namhafte Vertreter der Lehrer*innen-Verbände **Jafar Ebrahimi, Mohammad Habibi** und **Rasool Bodaghi** von dem Trakt 209 des Ewin-Gefängnisses („Untersuchungshaft") in den Trakt 240 in die Einzelhaft verlegt. Die Befürchtung liegt nahe, dass „gewisse Verhörmethoden", die zum Erzielen von Falschaussagen und zum Brechen der Persönlichkeit der Gefangenen in der Einzelhaft und ohne Zuschauer und Zeugen leichter und öfter verwendet werden, auch in diesem zum Einsatz kommen könnten. Denn dies gehört zu den „leisen und unauffälligen" Methoden der physischen und psychischen Vernichtung der Gefangenen, die vom Regime der islamischen Republik in letzter Zeit oft praktiziert wurde – mit Todesfolge für die Opfer!

Am Do. 16. 6. 22 äußerte sich der UN-Generalsekretär Antonio Guterres besorgt über die Lage der Menschenrechte in Iran: „Er tadelte das Regime wegen des maßlosen Einsatzes der Gewalt gegen die Protestierende, forderte das Regime auf, die Rechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu respektieren und alle, die wegen der Inanspruchnahme dieser Rechte in Haft sind, freizulassen". Am selben Tag kam folgende Nachricht aus Iran: „Mehr als 100 Personen wurden wegen der Teilnahme an Protestaktionen der Berufsverbände in mehreren iranischen Städten verhaftet". (Quelle beider Meldungen: persisch sprachige Internet-Seite akhbar-rooz, vom 18. 6. 2022).

Mit diesem Appell wenden wir uns an unsrer Gewerkschaftskolleg*innen mit der Bitte: Unterstützt mit euren Solidaritätserklärungen die kämpfenden iranischen Kolleg*innen und verurteilt mit entsprechenden Protestnoten die groben Menschenrechtsverletzungen des dortigen Regimes!

Mögliche Adressaten von Protestbriefen/Solidaritätserklärungen:
1. „Führer des Iran" – contact@leader.ir;
2. Präsident des Iran https://www.president.ir/en;
3. Botschaft des Iran – info@iran-botschaft.de;
4. Generalkonsulat Iran – office.konsulat-iran-frankfurt@irangk.de

Gewerkschaftliche Initiative (Rhein/Main) für freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisierung im Iran.
c/o heinerbecker@gmx.de

Unterstützt von der DEV

Andreas Helgermann zur Kritik neoliberaler Bildung

Man könnte das Buch aus dem Jahr 2018 eine Gebrauchsanleitung nennen, weil Helgermann die Theorie mit seiner Praxis abgleicht.

„Die größte Irritation von Beginn meiner Lehrtätigkeit an bis heute“, schreibt Helgermann, löste die Tatsache aus, dass in pädagogischen Ausbildungen so wenig von den Problemen dieser Welt auftaucht (dem Klimawandel, der Ausbeutung von Mensch und Natur, den ungerechten und ungerechter werdenden Verhältnissen, in denen wir leben…) und dass die Begriffe Emanzipation, Autonomie und Solidarität, von denen ich dachte, sie müssten doch die zentralen Kategorien von Bildung sein, entsorgt schienen. Diese Beriffe waren für viele geradezu „altmodisch“.

Helgermann macht dafür die Ökonomisierungsschritte auch im Bildungswesen verantwortlich, weswegen wir ja mit der AG Ökonomisierung Veranstaltungen dazu machen.

Dass das Bildungssystem nicht nur als „Binnensystem in seinen inneren Funktionsweisen kritisiert …) werden kann, sondern die Kritik an Schule und Bildung als Teil einer Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden wird“, war für die hessische GEW bisher immer selbstverständlich.

Die Ökonomisierung von Bildung kritisiert Helgermann auch deshalb, weil es der Ökonomie nicht mehr in erster Linie um Dinge, Produktionsverfahren, Berechnungen etc. gehe, sondern im Kern um menschliches Verhalten, womit ihr Einfluss auf Bildung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

In der Etablierung des Begriffs „Humankapital“ komme zum Ausdruck, was in Schule, Ausbildung und Universität gelernt werden solle. Es gehe nicht mehr darum, die Welt zu verstehen, sich in ihr orientieren und sie verändern zu können, sondern darum, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln, die wie jedes andere Kapital auch eingesetzt werden können, um entsprechende Erträge aus gegeben Situationen zu erzielen. Vielleicht überspitzt, aber ein wirkmächtiger heimlicher Lehrplan.

Für die Bildung sei es deshalb nützlich, „eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie denn ideologische Veränderungsprozessen in einer Gesellschaft Fuß fassen, Raum bekommen, sich ausweiten und dann hegemonial werden.“

Helgermann beschäftigt sich ausführlich mit dem immer noch vorherrschenden Kompetenzbegriff, von Weinert 2001 prägend definiert, der die ökonomische Welt und die pädagogische Welt zusammenführt.

Auch wenn im Unterricht „wunde Punkte“ des Systems benannt würden, aber der Blick nicht auf „das Ganze“ gerichtet werde, bleibe die Kritik nur eine immanente.

Die entscheidenden Begriffe der Ökonomisierung seien die auch für die Bildung angewandten Kriterien Wettbewerbsfähigkeit, Employability und Resilienz. Anpassungsfähigkeit werde „Zielvorstellung und somit normatives Zentrum“. Eine solche Pädagogik müsse notwendig beim Einzelnen ansetzen und ihm den Aufbau der Kompetenzen ermöglichen, die erforderlich sind, um auf dem Markt zu bestehen. Dies müsse „eine Pädagogik des Verhaltens sein, eine Pädagogik der Individualisierung, eine Pädagogik der Verantwortungszuschreibung und dort, wo Interessen zur Stärkung gebündelt werden müssen, eine Pädagogik nicht der Gemeinschaftlichkeit, sondern des Teams. Denn das Team ist die quasi-natürliche Einheit derjenigen, die im Wettbewerb mit anderen stehen.“

Hier würde sich die weitere Diskussion mit Stephan Siemens und Martina Frenzel („Das unternehmerische Wir“) anschließen, was wir schon mehrfach getan haben.

Der Einzelne werde sogar „zum Unternehmer seiner ökonomischen Möglichkeiten, seines Lebens und seiner selbst.“ Gesellschaftliche Gegensätze seien dann nicht mehr auf strukturelle Ungerechtigkeiten zurückzuführen, sondern auf individuell unterschiedliche Leistungen.

Ich möchte hinzufügen: Die Komplexität der politischen Strukturen und Prozesse wird so auf die individuelle Reichweite reduziert – wie praktisch.

Wer aber meint, die individuelle Ausrichtung beende die gesellschaftliche Konformität, wird eines besseren belehrt: „In der bunten postmodernen Welt ist Individualität ein hohes Gut und dennoch sind wir umgeben von einer Welt der Angleichung, kulturellen Einebnung und Konformität.“

Und über die Begrenztheit der Kritikfähigkeit bemerkt Helgermann: „Obwohl auch selbstkritisches Verhalten LehrerInnenbasiskompetenz ist, die im Referendariat nach jedem Unterrichtsbesuch eingeübt wird, ist von einer grundlegenden Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, mögen sie in Zeiten globaler Finanzkrisen, des bevorstehenden Klimakollapses oder humanitärer Katastrophen im Mittelmeer noch so notwendig sein, in Lehrerzimmern wenig zu spüren.“ Möge diese Kritik nicht die Falschen treffen, würde ich anfügen.

Die Auseinandersetzung mit Macht in der Gesellschaft ist unerlässlich

Wenn Machtsysteme nicht verstanden würden, könne auch die Schule gesellschaftliche Verhältnisse nur reproduzieren. Diese Analyse sei umso notwendiger, „als die Schule für alle Beteiligten den Eindruck vermittelt, dass Macht sich auf dem Rückzug befindet und Eigenständigkeit, Selbstorganisation und Selbstbestimmung zu den zentralen Kategorien im Lernportfolio der kompetenz- und Handlungsorientierten SchülerInnen geworden sind.“

„Kompetent, flexibel und angepasst, das ist in Kurzform die Beschreibung des neoliberalen Subjektes und insofern Ergebnis einer ersten Kritik neoliberaler Bildung, wie sie bislang versucht worden ist.“

Verblüfft ist Helgermann darüber, wie offen dies propagiert wird. Und er zitiert ausgiebig EU-Parlamentsbeschlüsse und andere Kodifizierungen. Es sei gelungen, diese Leitmaximen in einem hohen Maße zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Herbert Storn

Andreas Hellgermann: kompetent. flexibel. angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung. Edition-ITP-Kompass Bd. 25, Münster 2018, 180 Seiten

VOM (UN)SINN ÖKONOMISIERTER BILDUNG:

6. VERANSTALTUNG ZUR ÖKONOMISIERUNGSKRITIK

DONNERSTAG, 29.9.2022, 17–19 UHR
im Saalbau Gutleut, Rottweiler Straße 32, Frankfurt / Main

KOMPETENT. FLEXIBEL. ANGEPASST. ZUR KRITIK NEOLIBERALER BILDUNG

Dr. Andreas Hellgermann

Margaret Thatcher hatte [zum Neoliberalismus] schon 1981 gesagt: „Economics are the method; the object is to change the heart and the soul.“ Es ist zu befürchten, dass viele Herzen und Seelen erreicht worden sind und ein Weg hinaus langwierig und mühselig sein wird. Ohne Bildung wird er nicht zu beschreiten sein *(Hellgermann 2018, 10-11).*

Um Anmeldung wird gebeten unter:
thomas.sachs@gew-frankfurt.de

GEW

Eine Veranstaltung des Bezirksverbands Frankfurt
mit Unterstützung des Landesverbands Hessen, des Bezirksverbands Südhessen und der Kreisverbände Wiesbaden und Hochtaunus

ZUM VORTRAG:

Ist die Zeit der Kritik vorbei? Manchmal sieht es so aus. Der digitale Selbstunternehmer scheint sich als europäisches Bildungsideal durchgesetzt zu haben. Er braucht keine Kritik. Seine Vernunft ist pragmatisch und instrumentell. Nur wird so weder die Bildungskrise noch die Klimakatastrophe überwunden.

Doch um die Krisen, in denen wir uns befinden, als Bildungsherausforderungen zu begreifen, ist eine kritische Vernunft unverzichtbar. Zudem ist sie praktischer und brauchbarer als die neueste Methodenapp von der letzten Digitalisierungsfortbildung.

ZUR PERSON:

Andreas Hellgermann (1960), Dr. theol., Lehrer an einem Berufskolleg in Münster mit den Fächern Deutsch und katholische Religionslehre, Mitarbeit im Arbeitskreis Religionslehrer_innen im Institut für Theologie und Politik in Münster, Arbeitsschwerpunkte: neoliberale Bildung, instrumentelle Vernunft, befreiende Pädagogik (Paulo Freire)

Zuletzt veröffentlicht: kompetent, flexibel, angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung (2018) und zusammen mit dem AK Religionslehrer_innen im ITP: Künstliche Intelligenz oder kritische Vernunft. Wie Denken und Lernen durch die Digitalisierung grundlegend verändert werden (2020); Aufsätze zu Klima, Bildung, Digitalisierung, instrumentelle Vernunft

In der Schule bin ich erst seit dem Jahr 2005, für jemanden, der 1960 geboren ist, noch gar nicht so lange. […] Die größte Irritation, von Beginn meiner Lehrtätigkeit an bis heute, löste die Tatsache aus, dass in pädagogischen Ausbildungen so wenig von den Problemen dieser Welt auftaucht […] und dass die Begriffe Emanzipation, Autonomie und Solidarität, von denen ich dachte, sie müssten doch die zentralen Kategorien von Bildung sein, entsorgt schienen.

[Als Reaktion auf diese Entwicklung unternehme ich den Versuch,] aus der Kritik an neoliberaler Bildung Ansätze einer politischen Didaktik, oder, um es mit Paulo Freire zu sagen, einer befreienden Pädagogik zu entwickeln *(Hellgermann 2018, 9-11).*

ANFAHRT:

Parkmöglichkeiten sind vorhanden.

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
Vom Hauptbahnhof Frankfurt sind es 9 Minuten Fußweg.

Organisationsteam:

Arbeitsgruppe „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“
Dr. Gabriele Frenzel, Maria Heydari, Günter Köhler, Thomas Sachs, René Scheppler, Herbert Storn, Eva Wehrheim